

Schwerpunkt Coronakrise



Symbolfoto: iStock/ fizkes

Entfesselt die Schulleitungen

Herausgeber:
Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
Rheinland-Pfalz
www.gew-rlp.de

Aus dem Nähkästchen geplaudert

Günter Helfrich



Das ist schon wieder die letzte Ausgabe 2020 unseres Bildungsmagazins, das wie seit einigen Jahren als Doppelnummer bereits im November bei den Mitgliedern ist, damit im Dezember rechtzeitig das attraktive GEW-Bildungsprogramm unseres Landesverbandes der Bundeszeitung beigelegt werden kann.

Komisch wie immer, bereits gute Wünsche für die Weihnachtszeit und das neue Jahr auszusprechen, wenn draußen gerade mal die Blätter angefangen haben zu fallen. (Ach, super für die nötige Winterstimmung. Eben kam im Radio die Meldung: Verkehrschaos am Feldberg wegen Neuschnees...) Also von Herzen: Allen alles Gute für die Zukunft und überhaupt für alles.

Was sollen wir zu 2020 noch sagen? Nur: Hoffentlich bald vorbei und dann bessere Zeiten 2021, sprich mehr Normalität. Das ist wohl so ziemlich das einzig Positive an diesem Coronajahr: Das eigentlich eher negativ konnotierte Wort „normal“ ist plötzlich positiv besetzt. Normal, das war doch immer so etwas wie durchschnittlich, langweilig, spießig. Jetzt freuen wir uns über eigentlich Selbstverständliches: Kinder, wenn sie in die Kita oder in die Schule dürfen, Lehrkräfte (unter stimmigen Hygienebedingungen), wenn sie vor Klassen und nicht am Bildschirm unterrichten können. Großeltern sind glücklich, ihre Enkel in die Arme nehmen zu können, Fußballfans froh, ihre Idole live zu sehen, ebenso die Musikfreunde.

Mit Kurt Beck im Gespräch

Unser Redaktionsmitglied Dr. Paul Schwarz, der wahrscheinlich mehr Ehrungen gesammelt hat als unser kompletter Landesverband zusammen, ist durch seine jahrzehntelangen publizistischen Aktivitäten auch personell besonders gut vernetzt und bekommt immer

wieder Gesprächstermine bei „hohen Tieren“. Diesmal fragt er unseren ehemaligen MP Kurt Beck, „was er eigentlich macht“. Wir gehen davon aus, dass das unsere Leserschaft interessiert; als wir vor einiger Zeit unserer ehemaligen Bildungsministerin diese Frage gestellt haben, gab es nur positive Reaktionen.

Ein Anekdotchen im Zusammenhang mit dem „Beckekurt“ können wir uns nicht verkneifen. Auch der verantwortliche GEW-Redakteur hatte mal einen Termin beim damals noch im Dienst befindlichen Landeschef für ein Interview zu seinen persönlichen Bildungserfahrungen.

Da sitzt man dann in einem imposanten Raum, gewappnet mit Aufnahmegerät und Fotoapparat und auch ein bisschen aufgeregt. 30 Minuten waren anberaumt. 10 Minuten rum, 20 Minuten rum, exakt 30 Minuten zu spät kam dann der im doppelten Sinne mächtige Mann mit seiner Entourage angerauscht und infor-



mierte den verdutzten Redakteur, dass das Gespräch ausfallen müsse, weil der Folgetermin nicht versäumt werden dürfe. Ein Kärtchen vom sympathischen persönlichen Referenten mit dem Vorschlag, das Interview doch „trocken“ zu führen, also Fragen einzureichen, die dann schriftlich beantwortet wurden.

Einerseits ärgerlich, andererseits auch erleichternd. Das Transkribieren von Gesprächen ist ein mühsames, immens zeitaufwändiges Geschäft, denn kaum jemand spricht auch nur ansatzweise druckreif. Daher muss immer auch gleichzeitig redigiert werden, woraus sich dann die Frage ergibt, ob sich die oder der Interviewte noch darin wiederfindet.

Das „trockene“ Interview hängt in hohem Maß vom Geschick der Interviewten ab: Schreiben sie so, dass es wie ein echtes Gespräch klingt, oder antworten sie mit halben akademischen Abhandlungen. Dann ist wieder der Redakteur gefragt,

daraus etwas Lesenswertes zu machen. So viel aus dem Nähkästchen des Daseins eines Redakteurs.

Scheinheilig

2021 wird ein Jahr der Wahlen und folglich auch der Wahlkämpfe. Der politischen Konkurrenz eine fette Steilvorlage geliefert haben ausgerechnet in dieser Situation die rheinland-pfälzischen Grünen bzw. konkret die Leitung des Landwirtschaftsministeriums. Die formalen Regelungen bei Beförderungsverfahren zu ignorieren, ist an Ungeschicklichkeit kaum mehr zu überbieten. Wie kann man sich nur so angreifbar machen.

Allerdings sind manche Reaktionen ziemlich scheinheilig. So zu tun, als würde überall außer im Landwirtschaftsministerium ausschließlich und völlig objektiv nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung beurteilt, ist völlig realitätsfern. Drastisch gesagt: Befördert wird, wen

die Vorgesetzten befördern wollen. Manch kritischer GEW-Geist könnte mit seinen Erfahrungen Bände füllen. Da bekommt plötzlich ein angepasster Minimalist mehr Punkte als der engagierte GEW-Mensch, da geben Schulleitungen allen eigenen Leuten die maximale Punktzahl, während andere darauf pochen, nur „echte Noten“ zu vergeben. Oder es gibt einen eklatanten Widerspruch zwischen der verbalen Beurteilung und der Zensur dazu.

Um keinen falschen Eindruck zu vermitteln: Oft laufen die Verfahren völlig korrekt und fair ab, jedoch eben nicht immer.

GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz 11-12 / 2020

Inhalt

Kolumne	Seite	2
Politik	Seite	3
Coronakrise	Seiten	4 - 9
Schulen	Seite	10 - 11
Politische Bildung	Seiten	12 - 13
Gesellschaft/Tipps	Seiten	14 - 15
Recht	Seiten	16 - 17
Interview Kurt Beck	Seiten	18 - 21
Generation 60+	Seite	22
Brief an die Red.	Seite	22
ABC der GEW	Seite	23
Schulgeist	Seite	24

Resolution des DGB-Bundesvorstandes

Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung

Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung widersprechen unserem Gesellschaftsbild. Sie schaden uns allen. Deshalb rufen wir alle Demokratinnen und Demokraten dazu auf, für eine friedfertige, sozial gerechte, gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft einzutreten. Das gilt für alle Bereiche der Gesellschaft – und es gilt in alle Richtungen. Das Austarieren von Interessen gehört zum Wesen der Demokratie – genauso wie verbindliche Regeln und Rechtsstaatlichkeit, um ein friedliches Miteinander sicherzustellen.

Wir sind schockiert über die Beleidigungen, Anfeindungen, Diskriminierungen und Gewalt, die Menschen mit Migrationshintergrund und People of Color in Deutschland immer noch erfahren.

Rassismus ist real

In den vergangenen Wochen haben wir intensive und kontroverse Debatten über Rassismus in unserer Gesellschaft erlebt. Das war und ist dringend notwendig. Denn: Rassismus ist auch in Deutschland und Europa ein ernstes Problem. Rassismus ist real. Rassismus tötet. Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist das, was uns als Gewerkschaften im DGB immer einen wird.

Einige Debatten der vergangenen Wochen waren aber auch geprägt von Verallgemeinerungen und pauschalen Schuldzuweisungen gegen bestimmte Berufsgruppen. Besonders die Polizei stand dabei oft im Fokus. Solche Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen lehnen wir als DGB ab.

Wir als DGB-Gewerkschaften verurteilen jegliche Form von Gewalt sowie Diskriminierungen gegen Polizistinnen und Polizisten und solidarisieren uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gehört für uns so selbstverständlich wie alle anderen Gewerkschaften zum DGB. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, dass politische Spaltung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und allen abhängig Beschäftigten in unserem Land schadet. Wir sagen ganz klar: „Wir sind DemokratInnen und AntifaschistInnen und engagieren uns aktiv gegen Rassismus und jegliche Form von gewaltbereitem Extremismus.“

Zunehmende Gewaltbereitschaft

Wir sind uns einig: Eine demokratische Gesellschaft muss immer achtsam sein. Diskussionen über Rassismus und Gewalt sind gerade jetzt und dauerhaft in allen gesellschaftlichen Gruppen, in der gesamten Arbeitswelt und im Bildungsbereich erforderlich.

Für uns ist klar: Die zunehmende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist äußerst besorgniserregend. Wir verurteilen jede Form von Gewalt. Gewalt ist – auch in politischen Auseinandersetzungen – niemals eine Lösung.

Wir sind schockiert über das Ausmaß an Gewalt gegenüber PolizeibeamtInnen, SanitäterInnen und Feuerwehrleuten, aber auch gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen. Mehr als zwei Drittel der

Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde in den vergangenen zwei Jahren während der Arbeit beleidigt, beschimpft, bedroht oder angegriffen. Wir wollen und wir werden eine solche Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen und stehen gemeinsam auf für die Rechte und den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen. Wir sagen „Nein“ zu einem Klima der Verachtung, der Diskriminierung und der Gewalt. Vor diesem Hintergrund hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften bereits im vergangenen Jahr die Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ gestartet.

Für Zusammenhalt und gegen Spaltung

Wir alle – ob Bürgerinnen und Bürger, Institution oder staatliche Stelle – müssen uns jeden Tag erneut fragen, was wir dafür tun können, um diese Diskriminierungen zu beenden. Und wir müssen Tag für Tag entsprechend handeln. Dabei kommt unseren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst eine ganz besondere Rolle zu: für gesellschaftlichen Zusammenhalt statt Spaltung. Dafür verdienen sie Solidarität, Respekt und Wertschätzung. Gerade jetzt, wo unsere Gesellschaft mehr Zusammenhalt, mehr Schutz durch Organe des Rechtsstaats und auch des Sozialstaats benötigt, – gerade jetzt ist Zusammenhalt statt Spaltung wichtiger denn je. Dafür stehen wir als Deutscher Gewerkschaftsbund: Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung.

DGB/Simone M. Neumann



Entfesselt die Schulleitungen

von Joscha Falck

Mit den Schulschließungen wurde die Debatte um die Gestaltung zukunfts-fähiger Schulen ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Dabei wurde wie unter einem Brennglas sichtbar, an welchen Stellen es im Schulsystem hapert.

Vierorts wurde zwar in kürzester Zeit improvisiert und nachgebessert. Dennoch blieben (und bleiben) grundsätzliche Mängel bei der Ausstattung mit IT, der technischen Infrastruktur, dem digitalen Knowhow der Lehrkräfte und der zeitgemäßen Gestaltung von Unterricht weiterhin sichtbar. Mit einigen Monaten Abstand können jetzt erste Lehren aus der Corona-Krise formuliert werden. Unter ihrer Berücksichtigung zeigt sich eine vielleicht einmalige Chance: Schulen können dank der Erfahrungen der letzten Monate aufbrechen und eine zeitgemäße Lernkultur etablieren: Beziehungsbasiert, partizipativ, entgrenzt und – wo immer es sinnvoll ist – digital.

Die Erkenntnisse aus der Krise

Die Lehren aus dem Lockdown liegen dabei auf der Hand. Unterricht lebt - unabhängig von der Beschäftigung mit Material - von Beziehungen. Sind diese intakt, spielt es eine untergeordnete Rolle, ob Lernen synchron oder asynchron begleitet wird. Entscheidend ist vielmehr, dass eine fähige Lehrkraft ein zum Alter der Schüler*innen, zum Inhalt und zum Grad der Selbstständigkeit passendes Unterrichtsangebot formuliert. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Zeit und Raum dabei überwindbar sind und dass Lernen auf Distanz auch weiterhin einen didaktischen Ort verdient hat. Damit das Beste aus „beiden Welten“ (Präsenz- und digitaler Fernunterricht) zusammengeführt werden kann, braucht es entsprechende technische Ausstattung sowie individuelle und systemisch verstärkte Fortbildungsbemühungen. Für ein nachhaltiges In-Gang-Setzen dieser Schulentwicklungsprozesse fehlt es nicht an Wissen, sondern an Ressourcen und einem höheren und systematischeren Grad der Vernetzung auf allen Ebenen.

Eine Empowerment-Strategie für Schulleitungen

Als Schulentwickler beschäftigt mich vor allem die Frage, welcher Ansatz die größte Wirkung für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Schule nach Corona entfalten könnte. Deshalb möchte ich den folgenden Überlegungen eine These voranstellen: Damit Schulen die Chance der Aufbruchsstimmung nutzen können, braucht es allen voran aufgewertete und gestärkte Schulleitungen! Denn: Sie sind die Schlüsselstelle zur Gestaltung einer sinnvollen und wirksamen (digitalen) Schulentwicklung über die Krise hinaus. Als Change Agents müssen sie die Gestaltung des Wandels in die Hand nehmen, die Lehren aus der Corona-Krise systematisch verarbeiten und den Entwicklungsprozess einer dazulernenden Organisation moderieren. Schulleitungen sollten in diesen Monaten Taskforces bilden, um Bewährtes aus der Krise herauszuarbeiten und um diese Erfahrungen in einen weiterführenden Schulentwicklungs- und Medienkonzept-Prozess einfließen zu lassen. Dazu braucht es einerseits sinnvoll koordinierte Angebote zur schulinternen Fortbildung zum (digitalen) Fern- und Hybridunterricht (z.B. in Form von Good-Practice-Einheiten per Mikro-SchILf). Andererseits müssen in möglichst naher Zukunft alle Schüler*innen und alle Lehrkräfte mit einem personalisierbaren Endgerät ausgestattet werden. Und um all das als On-Top-Aufgabe bewältigen zu können, sollten Schulleitungen in ihrer Tätigkeit besser unterstützt, stärker entlastet und mehr gewürdigt werden. Lobende Worte allein werden dabei nicht reichen. Es braucht eine umfangreiche Empowerment-Strategie für die mittlere Führungsebene des Schulsystems.

Schulleitung im Doppel-Duo

Ich bin davon überzeugt, dass die Leitung einer Schule ab einer Größe von 180 Schüler*innen immer von zwei Personen plus zwei Stellvertreter*innen ausgeübt werden sollte. Diese Personen sollten unterschiedliche Aufgabengebiete betreuen, grob aber nach eher verwalten-den Tätigkeiten (Typ Schul-Manager*in) und eher entwickelnden Tätigkeiten (Typ Schul-Entwickler*in) getrennt werden. Bei

größeren Schulen ab 540 Schüler*innen sollte das Schulleitungsteam durch einen bzw. ab 900 Schüler*innen durch zwei weitere Stellvertreter*innen unterstützt werden. Für die Auswahl geeigneter Kandidat*innen sollte mehr auf die charakterliche Eignung sowie deren inhaltliches Vor-Engagement geachtet werden als auf Dienstatler oder formelle (und diskussionswürdige) Ergebnisse dienstlicher Beurteilungen. Für schulisches Führungspersonal ist eine entsprechende Vorqualifikation in Bereichen des Leadership, der Schuladministration, der Schulentwicklung und der Personalführung unabdingbar. Universitäre Masterstudiengänge aus dem Bereich des Schulmanagements müssten zudem stärker in den Aufbau und in die berufsbegleitende Ausbildung von Führungspersonal miteinbezogen werden.

Eigenverantwortliche Entscheidungen treffen

Laut Andreas Schleicher, dem Bildungsforscher und Direktor der Bildungsabteilung der OECD, werden in Deutschland „nur 13% aller bildungsrelevanten Entscheidungen vor Ort in den Schulen getroffen.“ Tradition im Bildungssystem sei es, „dass das Ministerium in Deutschland Vorgaben macht und die vor Ort umgesetzt werden“. Schleicher dürfte damit vor allem Entscheidungen aus den (Schulentwicklungs-)Bereichen der Prüfungskultur, der Unterrichtsorganisation sowie der Haushalts- und Finanzverantwortlichkeit meinen. Hier fehlt es Schulleitungen im staatlichen Bildungssystem an Gestaltungsspielräumen. Dürften Schulleitungen etwa vor Ort eigenständiger darüber entscheiden, inwieweit sie die Stundentafel aufbrechen, eigene Stundenpläne zimmern oder alternative Formen der Leistungsfeststellung und -beurteilung entwickeln, würden wir erleben, dass Schulen sehr viel unterschiedlichere und kreativere Lösungen zur eigenen Gestaltung fänden. Diese individuellen Wege würden das Besondere einzelner Schulen hervorheben, eine stärkere Identifikation innerhalb der Schulgemeinde fördern und automatisch dazu führen, dass sich besonders gelungene Konzepte stärker verbreiten - auch wenn derartige Frei-

heiten selbstverständlich Rahmenbedingungen, Standards und Begleitung durch professionelle Schulentwicklungsmoderator*innen bräuchten.

Darüber hinaus sollten alle Schulen über ein eigenes Budget verfügen, um Anschaffungen und Investitionen unabhängig von einem Sachaufwandsträger tätigen zu können. Dieses Budget müsste einen beträchtlichen Teil des Schul-Etats einer Kommune ausmachen, um vor allem hinsichtlich der Ausstattung eigenverantwortlich handeln zu können. Die „wir müssen schauen, was wir kriegen“ – Mentalität vieler Schulen könnte dadurch in ein verantwortungsvolles und selbstbestimmtes, systematisch aufeinander aufbauendes, „was brauchen wir wirklich“ - Konzept übergehen. Gleiches gilt für den Bereich der Personalverantwortlichkeit. Was wäre das für eine Revolution, wenn Kolleg*innen die Chance hätten, zu Schulleitungen zu finden, die zu ihnen passen – und umgekehrt. Bei der Personalauswahl zumindest ein Mitspracherecht zu haben, würde enormen Schwung in die Schullandschaft bringen und für mehr Zufriedenheit und weniger Personalfuktuation sorgen.

Gesundheitsschutz für Schulleitungen

Hört man sich unter Schulleiter*innen um, kann derzeit von Zufriedenheit kaum eine Rede sein. Nach einer repräsentativen Studie der Universität Tübingen (Leadership in German Schools) geben 53% der Befragten an, unter Stress und Überlastung zu leiden. Bei etwa jeder sechsten Schulleitung (16%) wurden sogar Hinweise auf einen Burnout gefunden. Es ist ein verheerendes Paradoxon: Die Gestalter*innen der Schulen vor Ort sind aufgrund der Fülle an Aufgaben häufig so stark belastet, dass es in vielen Fällen nur zum Verwalten reicht – und das schreibe ich ohne jeden Vorwurf an die einzelnen Personen. Mehr ist bei der derzeitigen Arbeitsbelastung kaum zu schaf-

fen. Neben den bisher beschriebenen Maßnahmen bräuchte es ein vernünftiges Beratungsangebot, das speziell auf die Bedürfnisse von Schulleitungen abgestimmt ist, z.B. durch Coaching/Supervision und/oder ein Berater*innen-Netzwerk, das ins eigene Haus geholt werden kann. Das gilt auch für alle fachlichen Fragen, für die ein Schulleiter/einer Schulleiterin heute quasi nebenbei Experte sein muss, obwohl diese Bereiche nichts mit seiner/ihrer ursprünglichen Qualifikation zu tun haben. Ich denke vor allem an Fragen der Gebäudeausstattung, des Brandschutzes, des Gesundheitsschutzes, der digitalen Ausstattung, des Datenschutzes und vieles mehr. Für diese Fragen braucht es Fachpersonal, das gegen Bezahlung an die Schulen kommt. Mit der Auslagerung bestimmter Fachfragen könnte überdies auch Rechtssicherheit hergestellt werden – ein nicht zu unterschätzender Faktor, der Schulleitungen in der Praxis häufig dazu zwingt, lieber die „Füße still zu halten“, um kein Risiko einzugehen. Diese Haltung ist dann in erster Linie Selbstschutz. Denn Stress, Überlastung und die Angst vor (rechtlichen) Fehlritten wirken sich im

schlimmsten Fall negativ auf die Gesundheit aus. Die Sorge um das Wohlergehen von Lehrkräften und Schulleitungen sollte jedoch eine der höchsten Prioritäten für jeden Arbeitgeber sein. Die Kultusministerien müssen sich hierbei in der Pflicht sehen, möglichen Burnout-Erkrankungen in den Führungsebenen vorzubeugen. Investition in die Gesundheit des Personals führen zudem auch zu höherer Zufriedenheit, was einen längeren Verbleib an einer Schule bewirken kann. Gerade diese Konstanz erscheint mir im Sinne einer nachhaltigen Schulentwicklung von großer Bedeutung.

Entlastungsstunden für eine echte Qualitätsoffensive

Neben der Freistellung der Schulleiter*innen vom Unterricht, die in vielen Schularten bereits gängige Praxis ist, braucht es zudem einen nicht zu geringen Stundenpool „Schulentwicklung und Fortbildung“, über den das Führungsteam frei verfügen kann. Mit diesen Entlastungsstunden können engagierte Kolleg*innen der Taskforce oder einer Steuergruppe versorgt werden. Deren überdurchschnittlicher Einsatz wird

Foto: stockfour



Auf charakterliche Eignung bei Kandidat*innen für Schulleitungen achten

dadurch ein Stück weit kompensiert und andere Kolleg*innen motiviert, ebenfalls Aufgaben aus dem Bereich der Schulentwicklung zu übernehmen. Zusätzlich sollte eine Stunde „Fortbildung“ pro Woche fest im Unterrichtsdeputat aller Lehrkräfte verankert sein. Dank dieser Entlastungsstunden könnte eine „von innen“ getragene Qualitätsoffensive beginnen und dem ganzen Kollegium Schwung versetzen. Erfolgreiche Schulen haben derartige „Graswurzelprozesse“ bereits eigenverantwortlich initiiert. Dass diese jedoch ohne entsprechende strukturelle Voraussetzungen anlaufen, liegt immer am überdurchschnittlichen Engagement Einzelner, das für die Breite der Schullandschaft und die Verschiedenheit der Kollegien nicht der Maßstab sein darf.

Eine Kultur der Potentialentfaltung

Dem Schulleitungsteam käme in dieser Skizze eine veränderte Rolle zu, die auch eine modernisierte Haltung erfordert. Einzelkämpfer*innen mit der „Ich und meine Schule“ – Denkweise können den Herausforderungen der heutigen Zeit nicht mehr adäquat begegnen. Schulleiter*innen müssen in der Lage sein, die Weisheit der Vielen zu erkennen und zu orchestrieren. Führungskräfte sollten ihren Fokus dabei mehr auf das Aufspüren von Potentialen richten und Lehrkräfte und das kollaborative Arbeiten in Teams fördern, wo immer es geht. An deutschen Schulen schlummert derart viel didaktische Kompetenz, Kreativität, Engagement, Begeisterung und Wissen, das häufig brach liegt, weil alles von Alltagsbewältigung und zu hohen Unterrichtsdeputaten aufgefressen wird. Schulleitungsteams müssen diese brach liegenden Schätze entdecken und ihnen eine Plattform samt Entfaltungsmöglichkeiten schaffen. Als innovationsbegeisterte und visionäre Teamplayer auf Augenhöhe stellen sie die Schule damit vom Kopf auf die Füße. Sie führen ihre Schule leise, mit flachen Hierarchien und strukturiert, und idealerweise so, dass ein Kollegium davon wenig spürt und vielmehr selbst „vorne dran“ steht.

Die Bildungsrevolution

Ein solches Reformpaket könnte Schulleitungen Kraft zum Aufbruch geben, um

sich und ihrer Schule nach der Krise ein neues Selbstverständnis zu geben. Sie könnten mit ihren Kolleg*innen z.B. über fundamentale und mutige Fragen zur Organisation des Lernens diskutieren und tradierte Strukturen auflösen, wo immer es nötig ist. Dabei geht sicher nicht alles und auch nicht alles auf einmal, obwohl wir derzeit so „frei wie nie“ sein dürften. Man kann und sollte diese Monate nutzen, um auszuloten, was zur Leitbildentwicklung sowie der Profilschärfung, und im übertragenen Sinne zur Entfesselung der eigenen Schule möglich ist. Jetzt gilt es, danach zu fragen, wie viel Klassenzimmer, wie viel Stoffvermittlung, wie viel Stundenplan, wie viel Prüfungen und Benotung, ja letztlich wie viel „alte Schule“ wir umgestalten (oder sogar abschaffen?) können und müssen. Denn nur wer sich von ausgedienten Mustern befreit, kann wirklich Platz für Neues schaffen. Echte Innovation braucht Exnovation und dazu braucht es gesunde, mutige, eigenverantwortliche, kompetente und starke Schulleitungen, die diesen Prozess vor Ort anstoßen, moderieren und letztlich zum Erfolg bringen.

P.S.: Sollten Schulleiter*innen mehr verdienen?

Die Antwort lautet Ja! Neben der überfälligen Angleichung der Lehrer*innengehälter der unterschiedlichen Schularten muss die Besoldung von Schulleiter*innen angehoben werden. Das liegt in erster Linie an den immer zahlreicher werden und gleichzeitig immer komplexeren Aufgaben, die ihnen seitens der Schuladministration aufgebürdet werden. Zudem können Schulleiter*innen nicht mehr nur als Lehrkräfte mit einigen Zusatzaufgaben angesehen werden. Sie üben vielmehr einen neuen und eigenständigen Beruf aus. Ihre Leistung ist mit Führungskräften eines mittleren Unternehmens vergleichbar. Und letztlich darf man auch nicht vergessen: Durch die Steigerung der

Attraktivität von Schulleiter*innenstellen kann gewährleistet werden, überhaupt noch genug Bewerber*innen zu finden. Bei bundesweit etwa 1.000 unbesetzten Schulleitungsstellen ist das in manchen Bezirken nämlich schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr.

Anmerkungen:

Andreas Schleicher in den Tagesthemen vom 23.6.2020. <https://www.ardmediathek.de/daserste/video/tagesthemen/tagesthemen/das-erste/Y3JpZDovL2Rh-c2Vyc3RILmRIL-3RhZ2VzdGh1bWVu-L2E1NGFmNzZmLWFmN-GEtNDJiNC1i-YTA4LTc4MDcwNGlwYWQ2Mw/> Zuletzt aufgerufen am 27.6.2020

Cramer/Pietsch (2020): Leadership in German Schools (LineS2020). Universität Tübingen. <https://osf.io/gncfu/> Zuletzt aufgerufen am 30.6.2020

*Frei wie nie: Interview mit den Schulleiter*innen Frank Wagner, Maike Schubert und Christian Dern. In: Die ZEIT, Ausgabe 27/2020 vom 25.6.2020.*



Unser Autor Joscha Falck ist Lehrer, Schulentwicklungsmoderator und Vorsitzender der GEW Roth-Schwabach-Hilpoltstein in Bayern.

Kontakt: joschafalck@gmx.de

Die Covid-19-Programme sind sozial ungerecht von Christoph Butterwegge

Das „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ enthält ebenso wie das „Zukunftspaket“ der Großen Koalition durchaus sinnvolle Maßnahmen. Doch wie alle früheren Covid-19-Hilfsprogramme des Staates sind sie nicht verteilungsgerecht. Unternehmen und Besserverdienende profitieren überproportional. Das ist ein großer Fehler.

Die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD wird für ihr gelungenes Krisenmanagement während der Covid-19-Pandemie fast durchgängig gelobt. Hierbei findet eines allerdings zu wenig Beachtung: Der Lockdown war zwar nötig zum Schutz der

Unternehmen zugute. Kleine und mittlere Unternehmen wurden dagegen mit einmaligen Zuschüssen unterstützt, die laufende Betriebskosten decken sollten, aber nicht für den Lebensunterhalt verwendet werden durften.

Sinnvoll wäre ein Mindestkurzarbeitergeld gewesen

Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung kann die Bundesregierung – bis zum 31. Dezember 2021 befristet – per Rechtsverordnung festlegen, dass fast die gesamten Lohnkosten von Unternehmen (einschließlich der Arbeitgeberbeiträge

beitnehmer*innen das Kurzarbeitergeld beziehen; dieses betrug aber höchstens 60 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts für Kinderlose und 67 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts, sofern Kinder im Haushalt lebten. Unberücksichtigt blieben bei der Berechnung allerdings Überstundenzuschläge, Einmalzahlungen (etwa Gewinnbeteiligungen oder Jahresprämien) und steuer- sowie beitragsfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit. Im Falle der „Kurzarbeit Null“ mussten daher besonders Geringverdiener*innen drastische Einbußen gegenüber ihrem früheren Lohn und gravierende Einschränkungen ihres

gewohnten Lebensstandards hinnehmen. Beschäftigte aus finanziell bessergestellten Haushalten waren seltener von Kurzarbeit betroffen, weil sie eher im Homeoffice am Bildschirm arbeiten konnten.

Später wurde das Kurzarbeitergeld auf Druck von Gewerkschaften und SPD-Führung bis zum Jahresende befristet auf 70 bzw. 77 Prozent nach drei Monaten und auf 80 bzw. 87 Prozent nach sechs Monaten angehoben, sofern die Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert war. Außerdem erweiterte der Gesetzgeber – bis zum Jahresende befristet – die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Kurzarbeiter*innen. Sinnvoller wäre jedoch die Schaffung eines Mindestkurzarbeitergeldes gewesen, wie es den CDU-Sozialausschüssen vorschwebte, weil Geringverdiener*innen davon stärker profitiert hätten als Besserverdienende. Um drei Monate verlängert wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (I) für diejenigen Erwerbslosen, deren Anspruch sonst zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 geendet hätte. Während der Arbeitslosengeld-II-Bezug für von der Coronakrise geschädigte Soloselbstständige erleichtert wurde, indem man die strenge Vermögensprüfung für sie vorübergehend aussetzte



Symbolfoto: iStock/ Stadtratte

Menschen, er hat aber obendrein die sich schon vorher deutlich abzeichnende Krise der Ökonomie und die soziale Ungleichheit im Land verschärft. Denn die beiden „Sozialschutz-Pakete“, das „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ sowie das „Zukunftspaket“ der Großen Koalition weisen eine verteilungspolitische Schiefelage auf. Bund, Länder und Gemeinden haben in der Coronakrise nach kurzem Zögern fast über Nacht mehr als eine Billion Euro für direkte Finanzhilfen, Bürgschaften und Kredite mobilisiert. Letztere kamen in erster Linie großen

zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) getragen werden. Voraussetzung ist, dass mindestens 10 Prozent der in einem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer/innen zu mindestens 10 Prozent vom Entgeltausfall betroffen sind. Dadurch wurden die Unternehmer in die Lage versetzt, ihren Bedarf an Arbeitskräften flexibel der Krisendynamik anzupassen: Sie konnten bestehende Arbeitsverträge aussetzen, die Arbeitszeiten beliebig reduzieren und ihre Kosten senken, ohne Entlassungen vornehmen zu müssen. Zwar konnten fortan auch Leihar-

beiter*innen das Kurzarbeitergeld beziehen; dieses betrug aber höchstens 60 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts für Kinderlose und 67 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts, sofern Kinder im Haushalt lebten. Unberücksichtigt blieben bei der Berechnung allerdings Überstundenzuschläge, Einmalzahlungen (etwa Gewinnbeteiligungen oder Jahresprämien) und steuer- sowie beitragsfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit. Im Falle der „Kurzarbeit Null“ mussten daher besonders Geringverdiener*innen drastische Einbußen gegenüber ihrem früheren Lohn und gravierende Einschränkungen ihres gewohnten Lebensstandards hinnehmen. Beschäftigte aus finanziell bessergestellten Haushalten waren seltener von Kurzarbeit betroffen, weil sie eher im Homeoffice am Bildschirm arbeiten konnten. Später wurde das Kurzarbeitergeld auf Druck von Gewerkschaften und SPD-Führung bis zum Jahresende befristet auf 70 bzw. 77 Prozent nach drei Monaten und auf 80 bzw. 87 Prozent nach sechs Monaten angehoben, sofern die Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert war. Außerdem erweiterte der Gesetzgeber – bis zum Jahresende befristet – die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Kurzarbeiter*innen. Sinnvoller wäre jedoch die Schaffung eines Mindestkurzarbeitergeldes gewesen, wie es den CDU-Sozialausschüssen vorschwebte, weil Geringverdiener*innen davon stärker profitiert hätten als Besserverdienende. Um drei Monate verlängert wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (I) für diejenigen Erwerbslosen, deren Anspruch sonst zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 geendet hätte. Während der Arbeitslosengeld-II-Bezug für von der Coronakrise geschädigte Soloselbstständige erleichtert wurde, indem man die strenge Vermögensprüfung für sie vorübergehend aussetzte

und ein halbes Jahr lang die Angemessenheit der Wohnung stillschweigend voraussetzte, erhielten langjährige Hartz-IV-Bezieher*innen selbst dann keinen Ernährungszuschlag, wenn ihre Kinder während der wochenlangen Kita- und Schulschließungen zuhause gepflegt werden mussten, statt wie sonst kostenfrei in der öffentlichen Betreuungseinrichtung zu essen.

Die Mehrwertsteuersenkung ist teuer und nicht effektiv

Obwohl das „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ ebenso wie das „Zukunftspaket“ der Großen Koalition durchaus sinnvolle Maßnahmen enthält, war es wie alle früheren Covid-19-Hilfsprogramme des Staates nicht verteilungsgerecht. Überproportional profitieren dürften bei den vom Bundesfinanzministerium veranschlagten Ausgaben in Höhe von 130 Milliarden Euro Unternehmen und Besserverdienende. Überbrückungshilfen für Branchen, die von einem „Corona-bedingten Umsatzausfall“ betroffen sind, stellen mit Kosten in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro den größten Einzelposten des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets dar. Kaum weniger teuer ist die Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent auf 16 Prozent bzw. von sieben Prozent auf fünf Prozent. Sie beschert dem Staat einen Einnahmeausfall in Höhe von 20 Milliarden Euro. Ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz ist an sich durchaus wünschenswert, weil diese Steuerart arme Menschen am härtesten trifft. Sie müssen einen Großteil ihres Einkommens in den Alltagskonsum stecken. Nur senken kaum Händler wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung die Preise ihrer Waren für die Dauer eines halben Jahres. Man kann von einem steuerpolitischen Paradox sprechen: Existiert keine oder eine niedrige Umsatzsteuer, nützt das vor allem den Armen. Sobald sie existiert – in der Bundesrepublik seit 1968 –, haben die Armen kaum etwas von ihrer Senkung, zumindest dann nicht, wenn diese zeitlich oder vom Umfang her begrenzt ist.

Um eine Steigerung der gesetzlichen „Lohnnebenkosten“ – gemeint sind die

Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung – zu verhindern, hat die Große Koalition mit ihrer „Sozialgarantie 2021“ einer alten Forderung der Unternehmerverbände nachgegeben. Die Sozialversicherungsbeiträge wurden durch den Einsatz von Steuermitteln bei 40 Prozent vom Bruttolohn oder -gehalt gedeckelt. Arbeitnehmer*innen haben kein oder ein sehr viel geringeres Interesse an niedrigen Sozialversicherungsbeiträgen als die Arbeitgeber, weil dadurch zwar ihr verfügbares Monatseinkommen steigen, aber das Leistungsniveau der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung tendenziell sinken wird.

Die am härtesten von der Pandemie betroffenen Personengruppen wurden, wenn überhaupt, nur ganz am Rande bedacht. Zwar wurde der erleichterte Zugang in Hartz IV verlängert, was Soloselbstständigen und Kleinstunternehmer*innen zugutekommt, deren Existenz bedroht war, die aber ein das Schonvermögen überschreitendes Vermögen und/oder eine teure Mietwohnung haben. Nichts davon hatten aber Transferleistungsbezieher*innen, die schon länger Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Asylbewerberleistungen erhielten.

Es ist moralisch geboten und ökonomisch sinnvoll, Bedürftige zu unterstützen

Eltern bekommen auf Drängen der SPD in zwei Raten eine Einmalzahlung von 300 Euro pro Kind, die bei höheren Einkommen mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet wird. Familien im Transferleistungsbezug wäre eher mit einem Ernährungszuschlag in Höhe von 100 Euro pro Monat gedient, wie ihn Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände



und Kirchen forderten, weil viele Lebensmittelfachgeschäfte geschlossen waren und die Preise für Frischeprodukte gestiegen sind. Wenn die Regierungspraxis einem Vergabeprozess folgt, ist es die „Leistungsgerechtigkeit“, bei der es um den ökonomischen Erfolg einer Personengruppe geht, die Hilfe braucht: Gewinneinbußen von Unternehmen, die vor der Covid-19-Pandemie rentabel waren, wollte die Große Koalition mittels finanzieller Soforthilfen ausgleichen. Auch sollten Lohn- und Gehaltseinbußen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mittels Kurzarbeitergeld abgemildert werden. Transferleistungsempfänger*innen hatten durch den Lockdown hingegen scheinbar nichts verloren und daher auch wenig zu erwarten. Deshalb kann man die Konjunkturpakete von CDU, CSU und SPD nicht sozial ausgewogen nennen. Stattdessen hätte die Bedarfsgerechtigkeit als Ziel von Hilfsmaßnahmen im Mittelpunkt aller Bemühungen der politischen Verantwortlichen stehen und das Motto lauten sollen: Wer wenig hat, muss besonders viel, und wer viel hat, muss entsprechend wenig Unterstützung seitens des Sozialstaates bekommen.

Eine gezielte Unterstützung von Bedürftigen wäre nicht bloß moralisch geboten, sondern auch ökonomisch sinnvoll, weil dadurch die Massenkauftkraft gestärkt würde. Finanzschwache tragen zusätzliches Einkommen sofort in die Geschäfte, es fließt also zurück in den Wirtschaftskreislauf und kurbelt die Binnenkonjunktur an.

Quelle: DGB-Gegenblende



Christoph Butterwegge

analysiert seit langem die sozialen Ungleichheiten in Deutschland hin und liefert Konzepte für eine gerechtere Gesellschaft.

DGB/Linke/Flicker

Papyrossa Verlag

Der Beitrag ist ein redaktionell bearbeiteter Vorabdruck aus Christoph Butterwegges neuem Buch „**Ungleichheit in der Klassengesellschaft**“, Paperback, 183 Seiten, 14,90 Euro.



STREIKAUFRUF

(gh) Da hat doch neulich irgendein Oberkomiker von der Jungen Union gefordert, angesichts der Belastungen durch Corona für Rentner*innen eine Nullrunde zu verordnen. Für Gewerkschafter*innen kann es darauf nur eine Antwort geben: Streik!

Bestreiken wir die CDU-Listen bei den kommenden Wahlen! Wählt keine runden Nullen!



Ein Zuhause für Straßenkinder

Gewalt und Armut treiben Millionen Kinder auf die Straße – immer auf der Suche nach etwas Essbarem und einem sicheren Schlafplatz. Mutig kämpfen sie ums Überleben.

terre des hommes unterstützt weltweit Jungen und Mädchen dabei, ein geregeltes Leben zu führen, mit Schule oder Ausbildung. Damit sie selbstbewusst ihre Zukunft gestalten können.

Mit Ihrer Spende helfen Sie diesen Kindern, den Neuanfang zu schaffen.

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück

Spendenkonto
DE34 2655 0105 0000 0111 22
Sparkasse Osnabrück



www.tdh.de

JA 13 – Wir bleiben dran! Applaus und warme Worte reichen uns nicht!

In turbulenten Zeiten macht(e) die GEW vom 9. bis zum 20. November erneut mobil: für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, für die Anerkennung der pädagogischen Professionalität in Grundschule und Sekundarstufe I und für ein Ende der geschlechterungerechten Bezahlung. Damit das auch in diesem Jahr bundesweit sichtbar wird, braucht es vor allem eines: Euer und Ihr Engagement.

Sollte es noch eines Beweises bedürft haben, wie unverzichtbar die Arbeit von hoch qualifizierten Lehrkräften ist: Die Corona-Pandemie hat ihn erbracht. Lehrerinnen und Lehrer haben dafür gesorgt, dass Bildung nicht aufhört, wenn das Land stillsteht. Damit das gelingt, haben sie in widrigen Zeiten und weitgehend auf sich gestellt, Konzepte für das Distanzlernen erarbeitet und die erforderlichen Kompetenzen angeeignet – oft in ihrer unbezahlten Zeit, auf eigene Kosten und auf eigenen Geräten. Sie haben Schülerinnen und Schüler unter Pandemiebedingungen das Lernen ermöglicht und sie zu ihren Schulabschlüssen geführt. Sie haben dafür gesorgt, dass Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen didaktisch geeignetes Online-Material finden. Sie waren für Eltern erreichbar. Viel früher als andere Berufsgruppen sind Lehrkräfte aus dem Home-Office zurückgekehrt und haben so vor allem Eltern von Kindern im Grundschulalter erleichtert, ihrer Arbeit nachgehen zu können. Damit haben sie der Bildung wie der Gesellschaft einen Dienst erwiesen, der nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Die Anerkennung dieser pädagogischen Professionalität fehlt bei der Bezahlung

jedoch noch in vielen Bundesländern: JA 13, mit diesem Schlagwort machen wir auch in diesem Jahr wieder auf Diskriminierungen in der Lehrkräftebesoldung aufmerksam. 7 Länder haben nicht zuletzt auf Druck der GEW Grundschullehrkräfte höhergruppiert, nach A13 (Beamtinnen und Beamte) oder E13 (Angestellte) – weil sie es wert sind. Doch in neun Ländern, darunter in den großen 5 – Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – werden Lehrkräfte an Grundschulen weiterhin nach A12/E11 bezahlt. In der Sekundarstufe I ist die Ausgangslage vielfältiger, es sind nur wenige Länder, die sie nicht angemessen eingruppiert. Auch bei den Sekundarschullehrkräften hinken die großen Länder (außer Hessen) hinterher.

wertung – der dortigen Sekundarschullehrkräfte – bereits angekündigt hatte, konnte er sich gegen die Finanzministerin nicht durchsetzen.

In Zeiten, in denen die öffentlichen Haushalte die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie über Kredite finanzieren und zugleich Steuereinnahmen wegbrechen, ist es umso wichtiger, dass die GEW nicht nachlässt in ihrem JA 13-Engagement. Wir müssen verhindern, dass Kredite schließlich auf dem Rücken der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zurückgezahlt werden.

Das Beklatschen von Heldinnen und Helden reicht nicht aus, in der Schule gilt das ebenso wie in der Pflege. Und: Typischerweise beklatscht und mit anerkennenden Worten abgespeist werden (sol-

len) vor allem Heldinnen. Privat wie in zahlreichen Berufen fordern vor allem Frauen die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Belastungen ab – zum Beispiel auch in Schulen. Rund 90 Prozent der Grundschul- und mehr als die Hälfte der Sekundarschul-

lehrkräfte sind Frauen. An die Adresse der öffentlichen Arbeitgeber sei gesagt: Applaus und warme Worte reichen uns nicht! Wir werden auch in Zeiten einer Pandemie mit unserer Forderung nach und guten Argumenten für JA 13 sichtbar werden. Bundesweit, vielfach, im Aktionszeitraum vom 9. bis zum 20. November 2020. Wir bleiben dran!

Frauke Gützkow, Vorstandsmitglied Frauenpolitik beim GEW-Hauptvorstand



Sogar Rückschritte

Hinzu kommt: Die jüngsten Erfolge liegen eine Weile zurück. Zuletzt gab es, ausgerechnet in einer Zeit, in der Lehrkräfte engagiert waren wie nie, sogar Rückschritte: In NRW folgte auf die 2018 eingeführte Einstufung von Rektorinnen und Konrektorinnen an größeren Grundschulen auf A 14 statt einer Aufwertung für alle eine weitere Ausdifferenzierung: Gerade einmal jede 20. (!) Stelle an Grundschulen soll zu einer A13-Beförderungsstelle umgewandelt werden. Und in Thüringen, wo Kultusminister Helmut Holter die Auf-

Im Gespräch mit Prof. Dr. Karim Fereidooni

„Den Alltagsrassismus an Schulen wahrnehmen“

Karim Fereidooni (36) hat sechs Jahre als Lehrer für Deutsch, Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften am St. Ursula Gymnasium Dorsten unterrichtet. Seit 2016 ist er an der Ruhr-Universität Bochum Juniorprofessor für die Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen, Schulforschung und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft sowie diversitätssensible LehrerInnen-ausbildung. Joachim Göres interviewte ihn für den Klett-Themendienst.

In Deutschland gibt es mehr als 3300 Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen. Mindestens 70 Prozent aller Menschen, die dort lernen und arbeiten, haben sich mit ihrer Unterschrift verpflichtet, sich gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und Projekttag zu dem Thema durchzuführen. Wie beurteilen Sie dieses Engagement?

An einigen Schulen funktioniert die Beschäftigung mit diesem Thema gut. An anderen läuft seit zehn Jahren nichts mehr. Inwieweit Rassismus thematisiert wird, hängt oft von wenigen engagierten LehrerInnen ab, und wenn sie in Rente gehen oder an eine andere Schule wechseln, fehlen nicht selten Nachfolger. Der Titel „Schule ohne Rassismus“ wird leider zeitlich unbegrenzt vergeben. Besser wäre es nach einer gewissen Zeit zu überprüfen, wie die Aktivitäten an der jeweiligen Schule aussehen. Eine Gefahr besteht darin zu sagen, fast alle haben unterschrieben, sich gegen Rassismus einzusetzen, dann ist ja alles wunderbar.

Grundsätzlich muss man sagen, dass es keine Schule ohne Rassismus gibt. Das Wichtigste ist, nicht zu leugnen, dass Rassismus existiert und Rassismus zum

Unterrichtsthema zu machen. Eine rassismusfreie Schule ist eine Utopie, das Ziel ist eine rassismussensible Schule. Oft nehmen Lehrerinnen und Lehrer Rassismus im Alltag aber gar nicht wahr. Sie müssen sich zunächst fragen, welche Dinge in ihrem Unterricht passieren, die mit Rassismus zu tun haben. Bisher spielt Rassismuskritik in der Lehreraus- und Fortbildung allerdings kaum eine Rolle.

Wie sollte die inhaltliche Beschäftigung mit dem Thema Rassismus Ihrer Meinung nach aussehen?

In Schulen wird Rassismus oft mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht, aber nicht mit der Gegenwart. Dahinter steht der Glaube, dass der Rassismus seit 1945 in der Bundesrepublik überwunden ist, und wenn überhaupt, dann wird er heute von nicht wenigen Lehrkräften nur noch mit Ostdeutschland in Verbindung gebracht. Wichtig erscheint mir, den Alltagsrassismus anzusprechen. Ich bilde angehende PolitiklehrerInnen aus und frage sie nach ihren Erfahrungen. Da geht es darum, wer vor der Diskothek wegen seines Aussehens nicht durch die Einlasskontrolle kommt, wer wegen der Hautfarbe kontrolliert wird, wer bei der Wohnungsbesichtigung schlechtere Chancen hat. Die meisten meiner Studierenden sind weiße Deutsche, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben und sich solche Situationen, über die ihre Kommilitonen mit einer anderen Familiengeschichte viel berichten können, oft auch gar nicht vorstellen können.

Sie haben für Ihre Promotion 159 Interviews mit ReferendarInnen und LehrerInnen mit Migrationshintergrund zum Thema Rassismuserfahrungen in der Schule geführt. Was sind die wichtigsten Erkenntnisse?

Die meiste Diskriminierung, die sie erlebt haben, geht nicht von Schülern

oder Eltern aus, denn die sind ja an guten Noten interessiert. Sie werden vielmehr von Kollegen und Vorgesetzten benachteiligt. Als gleichwertig werden sie oft nur anerkannt, wenn sie bessere Leistungen als ihre Kollegen erbringen. Wer Deutsch mit einem Akzent spricht, wird häufiger diskriminiert; es kommt aber auch hierbei auf den Akzent an, denn Akzent ist nicht gleich Akzent. Auf Grund ihres Aussehens werden manche Lehrkräfte als Muslime wahrgenommen und abgewertet, selbst wenn sie nicht religiös sind. LehrerInnen, die mit Russisch, Arabisch, Türkisch oder Kurdisch aufgewachsen sind, werden negativer beurteilt als diejenigen, deren Muttersprache Englisch, Französisch oder Spanisch ist. Ob eine Lehrkraft sich rassistisch äußert oder nicht, hat nichts mit dem Alter zu tun, sondern hängt davon ab, ob jemand realisiert hat, dass wir in einer Migrationsgesellschaft leben.

Welche Rolle spielen die in den Schulen eingesetzten Materialien?

In den aktuellen Schulbüchern kann man einen Wandel beobachten, es wird deutlich, dass es sich in Deutschland um eine Migrationsgesellschaft handelt. Aber Tatsache ist, dass noch alte Schulbücher im Einsatz sind, die ein anderes Bild verbreiten. Hinzukommt, dass auch in neuen Lehrwerken Migration oft nur als Problem behandelt wird. Auch sollte nicht nur von Paula und Hanna die Rede sein, sondern es könnte häufiger von Ayse gesprochen werden. Zudem sollten die Kolonialgeschichte und der Alltagsrassismus thematisiert werden.

Wie sehen Sie generell die Verbreitung von rassistischem Gedankengut in Deutschland?

Durch den Einfluss der AfD werden heute Dinge sagbar, die lange als tabu galten. Gleichzeitig gibt es eine zunehmende Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch engagierte Menschen, die sich seit 2015 für Geflüchtete einsetzen.



Foto: unsplash_clay-banks



Schweriner Erklärung

Demokratie stärken - mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!

Die gegenwärtige Corona-Krise und ihre Folgen sowie andauernde gesellschaftliche Umbrüche stellen uns vor Herausforderungen in nie geahnten Dimensionen. Verschwörungsphantasien und Fake News häufen sich, und unsere Gesellschaft spaltet sich immer mehr. Doch nicht nur die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, dass unser demokratisches Zusammenleben brüchig geworden ist. Als weitere besorgniserregende Entwicklungen sehen wir:

- Die Vertiefung der Spaltung zwischen Arm und Reich,
- zunehmender Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Demokratiefeindlichkeit,
- fehlende Solidarität, Abschottung einzelner Staaten (z.B. von der EU oder der Genfer Flüchtlingskonvention),
- Veränderungen in der Medienlandschaft und Verlust kritischer Medienkompetenz, Beeinträchtigung der Pressefreiheit.

Diese Herausforderungen lassen sich nicht alleine mit fachspezifischer Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung bewältigen. Werte wie Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Teilhabe, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Diversität werden zunehmend infrage gestellt, sie müssen aber mithilfe politischer Bildung mehr denn je vermittelt werden. Politische Bildung muss antedemokratischen Tendenzen entgegenzutreten und sie muss den öffentlichen Austausch darüber sichern. Auch muss sie aufklären und zur Reflexion befähigen.

Politische Bildung muss selbstverständlicher Bestandteil jeglicher Bildungsprozesse werden, in denen junge Menschen die Kompetenzen erlangen, die nötig sind, um politische, technische und soziale Entscheidungen in ihren Folgen und Verschränkungen

einschätzen zu können. Demokratische und menschenrechtliche Grundwerte müssen nicht nur verankert, sondern auch eingeübt werden. Politische Bildung steht in der Verantwortung, die Lernenden bei der Entwicklung einer reflektierten Werterhaltung zu fördern – auch durch vielfältige und in pädagogische Konzepte eingebettete Möglichkeiten, Erinnerungsstätten wie Auschwitz zu besuchen.

Die Chancen weltbürgerlicher Erziehung, wie es das UNESCO-Konzept des „Global Citizenship Education“ vorsieht, werden bisher in berufsbildenden Schulen wie auch in der Erwachsenen- und Weiterbildung kaum genutzt: Die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, um globale Herausforderungen zu verstehen und sie aktiv mitzugestalten, soll Lernende in die Lage versetzen, ein Zugehörigkeitsgefühl zur Weltgemeinschaft zu entwickeln, sich zu engagieren und eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, um einen Beitrag zu leisten zu einer friedlichen und gerechten Welt, in der ökologische Ressourcen bewahrt werden. Um Zusammenhänge zu verstehen und die demokratische Willensbildung auszubilden, ist es an der Zeit, politische Bildung im Alltag des Bildungswesens – und das in allen Bildungseinrichtungen – fest zu verankern.

Vor diesem Hintergrund hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bereits auf dem Freiburger Gewerkschaftstag 2017 beschlossen, dass politische Bildung in allen Bundesländern einen fächerübergreifenden Schwerpunkt in den Lehrplänen für alle Schularten darstellen muss und im Jahr 2018 die „Hofgeismarer Erklärung zur politischen Bildung“ mitgetragen.

Politische Bildung muss als Teil der öffentlichen Bildung, als eigenständiger, elementarer Bestandteil lebensbegleitenden Lernens anerkannt werden und zugleich in alle Bereiche der beruflichen Bildung und der Erwachsenen- und Weiterbildung einfließen. Politische Bildung muss Kritik- und Diskursfähigkeit, d. h. „Zukunftskunst“ (Wuppertal Institut) festigen, um alle der 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) umzusetzen.

Politische Bildung in der beruflichen Erstausbildung

Der im Grundgesetz verankerte Erziehungs- und Bildungsauftrag ist nicht nur für die Berufsschule als Ort der Fachklassen des Dualen Systems, sondern generell für alle berufsbildenden Schulen eng mit der Notwendigkeit verbunden, berufsfeldübergreifende sowie allgemeinbildende Kompetenzen und Inhalte zu vermitteln und die Persönlichkeit der Lernenden zu fördern. Mit Blick auf diesen Bildungs- und Erziehungsauftrag sind insbesondere von der Arbeitgeber- und Wirtschaftsseite geäußerte Begehren der ausschließlichen Orientierung der Bildungsinhalte an der Maßgabe der beruflichen Qualifikation bzw. der wirtschaftlichen Bedarfslagen mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Politische Bildung wird derzeit oftmals in den Stundentafeln gekürzt, sodass der Unterricht häufig überwiegend fachfremd sowie lediglich mit einem Volumen von einer Unterrichtsstunde pro Woche — und dies teilweise nur in einem Halbjahr innerhalb eines mehrjährigen Bildungsganges — erteilt wird. Vielmehr sollte Politische Bildung nicht nur als eigenständiges Fach mehr Wertschätzung erfahren, sie sollte auch vermehrt Querschnittsaufgabe aller anderen Unterrichtsfächer sein.

Dazu gehört, dass politische Bildung im Unterricht der berufsbildenden Schulen regelhaft mit schulischen Projekten der Mitwirkung und Mitgestaltung verbunden wird, in denen Schüler*innen auch die Wirksamkeit politischen Handelns erfahren können. Um dem demokratisch legitimierten ganzheitlichen Bildungsauftrag der berufsbildenden Schulen gerecht zu werden, ist es mehr denn je erforderlich

- Politische Bildung systematisch und gleichwertig mit einem entsprechenden Stundendeputat curricular in den beruflichen Lernfeldern, Lernsituationen und auch in den Kammerprüfungen zu verankern,
- innerhalb des Systems der beruflichen Bildung die beruflichen Schulen mit den Kammern und Betrieben wirklich gleich zu berechtigen (Berufsschulen als gleichwertiger Partner, nicht als Dienstleister der Kammern und Betriebe),
- die universitäre Lehrkräftebildung für Politische Bildung an berufsbildenden Schulen auszubauen, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte deutlich zu reduzieren,
- Maßnahmen zur Gewinnung des Lehrkräftenachwuchses in der Politischen Bildung analog zum technisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu initiieren und berufliche Schulen aufzufordern, einschlägig qualifizierte Lehrkräfte für Politische Bildung einzustellen,
- verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte in der Politischen Bildung dringend auszuweiten,
- Forschungsförderprogramme zur Politischen Bildung und politischen Sozialisation im berufsbildenden Bereich zu etablieren.

Diese Erklärung wurde im Juni 2020 im Rahmen der Schweriner Tagung **„Wichtiger denn je: Politische Bildung und Professionalisierung“** veröffentlicht.

Impressum GEW Hauptvorstand • Reifenberger Str. 21 • D-60489 Frankfurt • Telefon 069-78973-0
www.gew.de • helena.mueller@gew.de • Verantwortlich: Ansgar Klinger

Politische Bildung in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Die Diskussion um die Weiterbildung wird aktuell von der Bewältigung der Digitalisierung beherrscht. Qualifizierungen und Umschulungen sollen digitale Kompetenzen schaffen und Arbeitnehmer*innen für die Umbrüche des Arbeitsmarktes (Stichwort „Arbeit 4.0“) anpassungsfähig machen. Dabei gerät aus dem Blick, dass das positive Potenzial der Digitalisierung sich nur dann entfalten kann, wenn sie nicht den Konzernen und ihren Algorithmen überlassen wird, sondern der Mensch am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft demokratisch mitentscheiden kann.

Mehrere Jahrzehnte Weiterbildungspolitik im Zeichen der Ökonomisierung haben auch die Politische Bildung in das Korsett betriebswirtschaftlicher Strukturen und Messverfahren gepresst, den Stellenwert politischer Bildung in der Erwachsenen- und Weiterbildung verringert und statt Professionalisierung die Ressourcen geschmälert und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Eine öffentliche Förderung der politischen Bildung wird an – oftmals fragwürdige - Evaluierungs- und Qualitätssicherungsverfahren geknüpft, die Inhalte politischer Weiterbildung sind weniger wichtig. Diese öffentliche Förderung muss sich aber vorrangig an gesellschaftspolitischen Inhalten und Zielen orientieren.

Sowohl in der beruflichen Erstausbildung als auch in der Erwachsenen- und Weiterbildung sind „Orientierungskompetenz“ und das Wissen um Zusammenhänge (Oskar Negt) von zukunftsentscheidender Bedeutung. Mündigkeit und Solidarität, Selbstbestimmung, Diversitätsbewusstsein und die Wahrung des Rechts der Andersdenkenden sind zentrale Anliegen politischer Bildung. Die berufliche Bildung muss daher den engen Raum der funktionalen Ertüchtigung verlassen und in einer neuen Integration von beruflicher und politischer Bildung die Menschen befähigen, die Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen und sie zu einer an Humanität und Gerechtigkeit orientierten Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft ermutigen. Dazu bekräftigen wir die drei zentralen Bestandteile des Beutelsbacher Konsens, das Überwältigungsverbot, die Kontroversität und die Schüler*innen-, also Subjektorientierung.

Für die propagierte „neue Weiterbildungskultur“ über die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) hinaus braucht es mehr politische Bildung und zur Bewältigung der Herausforderungen für die Zukunft mehr denn je

- qualifiziertes Personal, ständige Fortbildung und Kooperation,
- tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse,
- verlässliche Förderung,
- räumliche und technische Ausstattung auf aktuellem Stand,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Netzwerken, vor allem in Politik, Beruf und Bildung.

Gewerkschaften sind hierbei wichtige Bündnispartner, weil sie Wissen um Zusammenhänge vermitteln und die nötigen Strukturen zum Ausbau politischer Bildung unterstützen können.

Rentenreport Rheinland-Pfalz 2020

von Dieter Roß

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat dankenswerterweise zum zweiten Mal den Rentenreport Rheinland-Pfalz erarbeitet. Die Zahlen im aktuellen Rentenreport beziehen sich im Wesentlichen auf das Jahr 2018.

Das Rentenniveau (Standardrente nach 45 Beitragsjahren) lag 1980 bei 57,6%, in 2000 bei 52,9% und liegt in 2018 bei 48,1% abgesenkt. Es würde weiter sinken, wenn nicht gesetzlich eingegriffen worden wäre. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist erklärt, das Niveau bis 2025 nicht weiter abzusenken.

Die durchschnittliche Rente (brutto) im rheinland-pfälzischen Rentenbestand betrug in 2018 1.202 € bei den Männern und 619 € bei den Frauen, gegenüber 2016 ein Plus von 54 € bei den Männern und von 44 € bei den Frauen. Der Abstand zwischen den Altersrenten der Frauen und der Männer ist immer noch sehr hoch; er liegt bei 583 €.

Schaut man auf die Neurentner*innen des Jahres 2018, liegt der Wert bei den Männern bei 1.139 € und bei 677 € bei den Frauen, eine Steigerung gegenüber 2016 um 68 € bzw. 59 €.

Vergleicht man für 2018 den durchschnittlichen Bestandsrentner mit dem durchschnittlichen Neurentner, so ist ein Minus von 63 € zu erkennen. Bei den Frauen zeigt der entsprechende Vergleich ein Plus von 58 €.

Bei den Neurenten 2018 liegt die Differenz (Gender Pension Gap) bei 41%.

	2000	2016	2017
Rentenbestand der Erwerbsminderungsrentnerinnen	608 €	749 €	784 €
Rentenbestand der Erwerbsminderungsrentner	846 €	802 €	834 €

Neurentner*innen mit Erwerbsminderungsbezug		
	Männer	Frauen
2016	770 €	666 €
2018	801 €	700 €

Psychische Erkrankungen sind mittlerweile bei über 40% der Grund für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Rentenzahlungen sind sowohl ein Spiegel der Erwerbsbiografien als auch der Wirtschaftsgeschichte. Dabei sind ein guter Start, ein stabiler Erwerbsverlauf, gute Löhne, Vollzeitbeschäftigung, Erhalt der Arbeitsfähigkeit bis zur Regelrentengrenze von entscheidender Bedeutung.

Es bestehen erhebliche regionale Unterschiede bei der durchschnittlichen Höhe der Altersrenten.

2018 erhielt der durchschnittliche Rentner im Rhein-Pfalz-Kreis 1.352 €, der in der Stadt Pirmasens 941 €.

Bei den Frauen lagen die aus der Stadt Mainz mit 787 € an der Spitze, die aus dem Landkreis Bitburg-Prüm mit 546 € am Ende.

Ein gutes Leben in Würde im Rentenalter?

Die Armutsgefährdungsschwelle ist ein gutes Maß, um Antworten zu geben.

Die Schwelle liegt in 2018 in Rheinland-Pfalz für einen Einpersonenhaushalt bei 1061 €.

Altersrenten in Rheinland-Pfalz in 2018 nach Zahlbetragsklassen in %		
	Männer	Frauen
über 1.200 €	50	13
900 - 1.200 €	15	14
600 - unter 900 €	11	21
300 - unter 600 €	10	28
unter 300 €	12	21

Erwerbsminderungsrenten in Rheinland-Pfalz in 2018 nach Zahlbetragsklassen in %		
	Männer	Frauen
über 1.200 €	16	6
900 - 1.200 €	22	19
600 - unter 900 €	27	34
300 - unter 600 €	23	29
unter 300 €	10	10

Durchschnittliches Zugangsalter bei Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten in 2018 in Rheinland-Pfalz

	Männer	Frauen
Altersrente	64,0 Jahre	64,3 Jahre
Erwerbsminderungsrente	53,0 Jahre	52,0 Jahre

Die vorstehenden Ausführungen und Übersichten machen deutlich, dass ein erheblicher Handlungsdruck besteht, um ein gutes Leben im Alter zu gewährleisten.

Gemäß EU-Konvent ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60% des mittleren Einkommens der jeweiligen Bevölkerung beträgt.

Der Arbeitsmarkt muss gründlich neu geordnet werden!

Die Dauer der Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung und die Höhe der eingezahlten Beiträge bilden die Grundlage der Rentenzahlbeträge.

- Daher müssen prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge deutlich zurückgedrängt, Teilzeitfallen beendet werden.
- Tarifbindung muss in vielen Branchen gestärkt werden, damit Tariflöhne durchgesetzt und gezahlt werden, Tätigkeiten im pflegerischen, erzieherischen, versorgenden, künstlerischen, bildenden Bereich aufwerten.
- Sozialversicherungspflicht muss es für jeden Arbeitsvertrag ab dem ersten Euro geben.
- Sachgrundlose Befristung muss endlich abgeschafft werden.
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind gezielt und beschleunigt voranzubringen.
- Qualifizierte Berufsausbildung für alle Schulabgänger*innen ist zu gewährleisten.
- Berufliche Weiterqualifizierung muss gefördert werden.
- Wirksamen präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz ist zu schaffen.
- Echte Gleichstellung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sind überfällig.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden, in die alle unabhängig von ihrem Beschäftigtenstatus einzahlen.
- Das Rentenniveau ist zu stabilisieren und anzuheben.

Um diese gründliche Neuordnung zu schaffen, müssen sich Politik, Gewerkschaft und Arbeitgeber stark machen. Wir Arbeitnehmer*innen müssen dafür sorgen, dass die Gewerkschaften gestärkt und solidarisch stärker werden. Neben der Schaffung von staatlichen Vorgaben hat der Staat zu gewährleisten, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine effektive, fördernde und personell gut ausgestattete Verwaltung eingehalten werden.

Quelle: Rentenreport Rheinland-Pfalz 2020, DGB Rheinland-Pfalz/Saarland und eigene Recherchen

Film von Paul Schwarz über Gedenk- und Lernort für Demokratie und Akzeptanz

„Das Haus des Erinnerns“ in der Mainzer Innenstadt ist der zentrale Gedenkort der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt für alle Opfer der NS-Diktatur. Ein 15-minütiger Film von Paul Schwarz stellt die Ziele dieses Hauses, die Veranstaltungen sowie das pädagogische Angebot dieser Einrichtung vor.

Oberbürgermeister Michael Ebling: „Auf sehr eindrückliche Weise stellt sich das Haus des Erinnerns der deutschen Vergangenheit. Es will informieren und zum Nachdenken anregen, es will vor allem aber zum Handeln auffordern. Das Haus leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. Denn wir alle müssen gemeinsam mitwirken am 'Projekt Demokratie', wir müssen es schützen und stärken. Und dafür braucht es einen gemeinsamen Ort des Erinnerns und des Lernens – und jetzt auch einen Film, der die Aufgaben und Angebote des Hauses noch bekannter macht.“

Im Film erhält man u.a. einen Einblick in den „Raum der Namen“ im Haus des Erinnerns, in dem die Namen derjenigen vorgelesen und sichtbar gemacht werden, die von den Nationalsozialisten aus Mainz deportiert und ermordet wurden. Wichtiger Bestandteil der Erinnerungsarbeit sind Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Mainzer*innen, die authentisch ihre Eindrücke aus der Zeit des Nationalsozialismus schildern.

Neben historischen Themen widmet sich das Haus des Erinnerns auch aktuellen gesellschaftlichen Fragen: Wie kann ein demokratisches Zusammenleben in einer gerechten Gesellschaft gelingen?

Wie muss man dem aufflammenden Rechtsradikalismus begegnen?

Das breite Angebot des Hauses – von pädagogischen Workshops über Filmabende und Sonderausstellungen - wird in diesem Film dargestellt.

Kontakt: cornelia.dold@haus-des-erinnerns-mainz.de



Rechtsfragen aus dem pädagogischen Berufsalltag

Dieter Roß und Bernd Huster

Regelaltersgrenze für TV-L-Beschäftigte

Ich bin Pädagogische Fachkraft und arbeite mit einem Teil meiner Arbeitskraft an einer Schwerpunktschule und zum anderen Teil an einer Förderschule. Kannst du mir sagen, wann ich regelgerecht in Rente gehe?

In meinem Kollegenkreis gibt es sehr unterschiedliche Auskünfte. Mein Geburtsdatum liegt im Juli 1958. Ich frage auch für meine Kollegin, die als PF an der gleichen Schule arbeitet. Sie wurde im April 1959 geboren.

Für die langjährig Beschäftigten, die Mitglied der Deutschen Rentenversicherung sind, bewegt sich die Regelrentengrenze auf die Vollendung des 67. Lebensjahres zu. Welche Regelrentengrenze gilt, hängt vom Geburtsjahr ab. Der Übergang in die Rente erfolgt grundsätzlich zum Monatsende.

Deine Regelrentengrenze ist aufgrund deines Geburtsjahres und -monats Ablauf des 31. Juli 2024. Dieses Datum fällt genau mit dem Ende des Schuljahres zusammen. Die Regelrentengrenze deiner Kollegin liegt beim Ablauf des Juni 2025.

Geburtsjahr	Regelrentengrenze
1955	65 Jahre + 9 Monate
1956	65 Jahre + 10 Monate
1957	65 Jahre + 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 Jahre + 2 Monate
1960	66 Jahre + 4 Monate
1961	66 Jahre + 6 Monate
1962	66 Jahre + 8 Monate
1963	66 Jahre + 10 Monate
1964	67 Jahre

Altersteilzeit für beamtete Schulleiter

Ich bin beamtete Schulleiterin einer Grundschule. Meine Regelaltersgrenze ist Ablauf des 31.07.2025. Kann ich auch in Altersteilzeit gehen?

Der 01.08.2021 ist nach derzeitigem Stand im Landesbeamtengesetz der letzte Termin für den Eintritt in die Altersteilzeit. Du hast ab dem 01.08.2021 noch vier Schuljahre bis zur Pensionierung. Du kannst im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell bis zum 31.07.2023 weiterarbeiten wie bisher, wärst dann vom 01.08.2023 bis zum 31.07.2025 voll freigestellt und würdest dann mit Ablauf des 31.07.2025 pensioniert. Wenn du dies so durchführen willst, dann sende bitte umgehend einen entsprechenden Antrag an die ADD in Trier.

Klassensprecher*innen in der Grundschule

*Kurze Frage: Sollten auch in den Grundschulklassen Klassensprecher*innen gewählt werden?*

Im Schulgesetz in der geltenden Fassung ist in § 3 festgelegt, dass die Schüler*innen in die Entscheidungsfindung über die Gestaltung des Unterrichts, des außerschulischen Bereichs und der schulischen Gemeinschaft einzubinden sind. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten sind ihnen durch die Schule zu erschließen. In § 32 Abs. 2: „Die Klassenversammlung besteht aus den Schülerinnen und Schüler der Klasse. Sie wählt aus ihrer Mitte die Klassensprecherin oder den Klassensprecher.“ In § 33 Abs. 1 „Die Versammlung der Klassensprecherinnen und Klassensprecher ist für alle Belange der Schülerinnen und Schüler zuständig, welche die Schule in ihrer Gesamtheit angehen.“

Schüler wegen Erkrankung nicht am Präsenzunterricht beteiligt

Wir haben einen Schüler in der Klasse, der wegen einer Erkrankung in seiner Familie derzeit nicht am Präsenzunterricht teilnehmen darf. Ich und weitere Kollegen sollen ihn per Fernunterricht unterrichten – als Zusatzaufgabe.

Die Verwaltungsvorschrift „Krankenhaus- und Hausunterricht“ sollte für diesen Fall herangezogen werden. Dort ist Nr. 3 einschlägig.

Es sollte geklärt werden, in welchen Inhaltsbereichen der Schüler wie viele Unterrichtsstunden in der Woche erhalten soll. Die Schulbehörde ermittelt im Einzelfall den Bedarf. Wenn Sie diese Aufgabe übernehmen sollen, wären diese Stunden Ihnen als zusätzlicher Unterricht gutzuschreiben mit Ausgleich durch Freizeit bzw. Bezahlung oder er müsste zu einer entsprechenden Verringerung ihrer Unterrichtsstunden führen, die Sie in der Schule zu leisten haben.

Dieser Unterricht für den Schüler kann selbstverständlich auch von mehreren Kolleg*innen geleistet werden - unter den vorstehenden Bedingungen.

Bestehen Sie bitte auf einer zuträglichen Lösung. Es kann nicht sein, dass Ihnen dieser zusätzliche Unterricht einfach so aufgedrückt wird.

Altersteilzeit für TV-L-Beschäftigte

Danke für die Mitteilung meiner Regelrentengrenze. Jetzt die Frage: Kann ich auch Altersteilzeit machen?

Wenn ich davon ausgehe, Du willst zum Ablauf des 31.07.2025 in Rente gehen, dann könntest Du für die drei Schuljahre vom 01.08.2022 bis zum 31.07.2025 mit der ADD Altersteilzeit im Blockmodell verabreden, nachdem Du vorher mit der Deutschen Rentenversicherung den Rentenstart mit Ablauf des 31.07.2025 per Rentenauskunft abgeklärt hast.

Bei der Altersteilzeitvereinbarung gilt, dass über die gesamte Zeit die bisherige wöchentliche Arbeitszeit auf 50% verringert ist. Beim Blockmodell (Arbeits- und Freistellungsphase jeweils gleiche Länge) beträgt die Zeitspanne mindestens zwei Schuljahre, höchstens drei Schuljahre, so die derzeitige Regelung. Der Beginn der Freistellungsphase muss auf den Ablauf eines Schulhalbjahres (31.01. bzw. 31.07.) festgelegt werden.

Du würdest also vom 01.08.2022 bis zum 31.01.2024 wie bisher weiter arbeiten und wärst dann vom 01.02.2024 bis zum 31.07.2025 voll freigestellt.

Das Arbeitsentgelt (brutto) während der vereinbarten Altersteilzeit verringert sich von 100% auf 50%. Dieses verringerte Arbeitsentgelt wird um 20% aufgestockt, beträgt also 60% des bisherigen Entgeltes. Zur Berechnung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung wird von dem Betrag ausgegangen, der sich aus 80% des bisherigen Entgeltes ergibt.

Der Antrag ist schriftlich spätestens 6 Monate vor dem Beginn der Altersteilzeit zu stellen. Ich empfehle Dir, den Antrag vor der Antragstellung informativ mit der ADD abzustimmen. Dies könntest Du am besten direkt nach den Sommerferien 2021 machen.



Foto: GEW - Bildarchiv

Foto: GEW - Bildarchiv



Digitalisierung unserer Schule

Ich bin auch Mitglied eines Schulträgerausschusses, der für mehrere Schulen zuständig ist. Kannst Du mir einige Punkte benennen, die für die Beratungen im Schulträgerausschuss von besonderer Bedeutung sind?

Digitales Lernen und Lehren ist schulgesetzlich verankert und somit auch eine Aufgabe des Schulträgers.

Aus meiner Erfahrung sollte der Schulträger Sorge tragen, dass

- seine Schulen sowie innerhalb des Gebäudes, der Gebäudeteile alle Lern- und Lehrräume an das Glasfaser(Giga)netz zügig angeschlossen werden,
- die schuleigenen sicheren Digital-Netze mit z. T. mehreren hundert Teilnehmer*innen (Lehrkräfte, Schüler*innen) professionell geplant, eingerichtet und gewartet und dafür auch die Fachpersonalkosten eingeplant werden,
- jede Teilnehmer*in, Lehrkraft wie Schüler*in, mit den erforderlichen Endgeräten sowohl für die dienstliche Arbeit in der Schule als auch die dienstliche von zu Hause aus ausgestattet wird,
- die notwendige umfängliche Fortbildung der Lehrkräfte professionell unterstützt wird - auch in weiteren schulinternen Fortbildungstagen,
- für das digitale Lehren und Lernen nur vom Bildungsministerium verantwortete Lehr- und Lernmittel eingesetzt werden.

Mitarbeiterinnengespräch in der Kita

Mich beschäftigen ein paar Fragen zu einem bevorstehenden Mitarbeitergespräch. Die Leitung unserer kommunalen Kita hat angekündigt, dass es um die Zusammenarbeit im Team, die Aufgabenverteilung und die pädagogische Arbeit in der Kita gehen soll. Die Bürgermeisterin und ein Vertreter der Verwaltung haben ihre Teilnahme ebenfalls angekündigt. Das Gespräch ist außerhalb meiner regulären Dienstzeit angesetzt. Dazu habe ich folgende Fragen: Welche rechtlichen Grundlagen gelten für ein Mitarbeitergespräch? Dürfen der Träger und ein Vertreter der Verwaltung dabei sein? Der Themenkatalog bietet dafür aus meiner Sicht keine Grundlage, außerdem wäre mir ein Vier-Augen-Gespräch auch grundsätzlich lieber. Dürfen in einem solchen Gespräch andere Themen als angekündigt besprochen werden? Darf ich um ausführlichen Fragenkatalog nachfragen, der es mir ermöglichen würde, mich gut auf das Gespräch vorzubereiten?

Es liegt im Organisationsrecht Ihres Arbeitgebers, Mitarbeitergespräche durchzuführen. Die Zusammenarbeit im Team, Aufgabenverteilung und pädagogische Arbeit sind übliche Themen, die in solchen Gesprächen aufgegriffen werden können. Wenn der Träger oder eine Person der Personalabteilung im Auftrag des Trägers bei einem solchen Gespräch anwesend sein möchten, ist das erlaubt. Eine Terminierung des Gesprächs außerhalb Ihrer Arbeitszeit kann nicht angeordnet werden. Wird das Gespräch aber einvernehmlich außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt, leistet die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer Mehrarbeit. Es dürfen auch Themen angesprochen werden, die Ihnen nicht vorab angekündigt worden sind. Sie können aber in einem Mitarbeitergespräch nicht dazu verpflichtet werden, unmittelbar zu Dingen Stellung zu beziehen, mit denen Sie überrascht werden. Sie können selbstverständlich vorab auch um eine weitere Mitteilung zu den geplanten Gesprächsinhalten bitten. Sollte das Gespräch zur Überprüfung von Pflichtverletzungen dienen, die zu arbeitsrechtlichen Maßnahmen führen könnten, hätten Sie das Recht, ein Mitglied des Personalrats hinzuzuziehen. Unabhängig davon können Sie mit Ihrem Träger vereinbaren, dass Sie eine Person Ihres Vertrauens zu einem Gespräch hinzuziehen dürfen.

Teilnahme an einer Anti-Corona-Demo

Ich hätte gerne eine Auskunft bezüglich Home-Office und allgemeinem Verhalten in der Corona-Zeit. Ein Kollege hat auf Grund der Zugehörigkeit zur Corona-Risikogruppe mehrere Monate von Zuhause aus gearbeitet. Ich habe erfahren, dass der Kollege während dieser Zeit an einem Samstag an einer Anti-Corona und Impfgegner-Demonstration teilgenommen hat. Darf sich jemand, der zu einer Corona-Risikogruppe gehört und sich deshalb im Home-Office befindet, an einer Demonstration beteiligen?

Für Beschäftigte, die sich im Home-Office befinden, gelten alle Corona-Regelungen und Verhaltensvorschriften, die für die übrige Bevölkerung auch gelten. Die Teilnahme an einer genehmigten Kundgebung in der Freizeit und unter Beachtung der Auflagen ist also für Beschäftigte, die sich wegen der Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe im Home-Office befinden, nicht grundsätzlich untersagt.

Corona-Test während der Arbeitszeit

In der vergangenen Woche habe ich mich freiwillig auf das Corona-Virus testen las-

sen. Dazu habe ich meinen Arbeitsplatz in der kommunalen Kita nach Absprache mit meiner Leitung eine Stunde früher verlassen. Am nächsten Tag erklärte diese mir, dass ich die Zeit nacharbeiten müsse. Mir ist das unverständlich, weil die Landesregierung die Corona-Tests für Beschäftigte in Kitas und Schulen ja kostenlos zur Verfügung gestellt hat und ich der Meinung war, dass damit gleichzeitig auch eine Freistellung von der Arbeit verbunden ist. Hier handelt es sich um zwei verschiedene Sachverhalte. In einem Fall geht es darum, dass Beschäftigte in Kitas und Schulen sich einmal vorsorglich und kostenlos auf das Corona-Virus testen lassen können. Der andere Sachverhalt betrifft die Regelungen des TVöD zur bezahlten Freistellung von der Arbeit in besonderen Fällen. In diesen Regelungen ist das Thema Corona-Test nicht berücksichtigt. Insofern besteht auch kein tariflicher Freistellungsanspruch. Eine bezahlte Freistellung zu einem solchen Zweck käme also lediglich infrage, wenn ein Arbeitgeber sie freiwillig gewähren würde.

Urlaubsberechnung im Öffentlichen Dienst

Am 15.09.2020 habe ich eine neue Stelle bei einer Kommune angetreten. Da die Kita mich so schnell wie möglich haben wollte, habe ich den Vertrag bei meinem alten Arbeitgeber zum 14.09.2020 aufgelöst. Von der Verwaltung des neuen Trägers habe ich jetzt mitgeteilt bekommen, dass mein Urlaubsanspruch für 2020 mit 8 Tagen berechnet worden ist. Ich hatte damit gerechnet, dass mein Anspruch höher ist. Können Sie mich bitte aufklären? Gemäß den tariflichen Bestimmungen erhalten Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis im Laufe eines Jahres beginnt oder endet, für jeden vollen Monat der Beschäftigung ein Zwölftel des jährlichen Urlaubsanspruchs von 30 Tagen. Damit stehen Ihnen drei Zwölftel von 30 Tagen zu. Ein Zwölftel beträgt 2,5 Tage. Drei Zwölftel ergeben danach 7,5 Tage. Diese werden auf 8 Tage gerundet. Die Auskunft, die Sie erhalten haben, ist also korrekt, sofern Sie bei Ihrem alten Arbeitgeber nicht bereits den vollen Jahresurlaub erhalten haben.

Dr. Paul Schwarz im Gespräch mit Kurt Beck

„Fähigkeit zur Solidarität nicht verlieren“

Sie waren von 1994 bis 2013 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 2006-2008 Bundesvorsitzender der SPD und von 1993 bis 2012 Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, um nur einige Ämter zu nennen. Im Nachhinein: Was macht die Politik mit einem, wie hat Politik Sie geprägt?

Die Politik verändert einen schon. Ich glaube, das ist auch gut, weil auch jeder andere Beruf einen verändert. Wenn man immer so bleiben würde, wie man als junger Mensch gewesen ist, wäre das unnatürlich. Das gilt auch für die Politik, vielleicht in einigen Punkten noch etwas intensiver, weil der Blick der Öffentlichkeit auf alles, was man tut oder nicht tut, in der Demokratie sehr intensiv ist. Ich habe mich kritisch auseinandergesetzt, auch mit meinen Fehlern, denn wer arbeitet, macht auch Fehler. Aber eine Grundüberzeugung ist mir immer geblieben, egal, welche Ämter ich bekleidet habe. Und das macht mich auch zufrieden. Über Unrecht muss man sich empören und dagegen angehen.

Und wenn Sie Ihr Menschsein vor der Politik mit dem Menschsein nach der Politik vergleichen.

Ich war früher viel unbeschwerter. Je mehr man hinter Dinge schaut, je mehr man sich mit Abläufen und Machtverhältnissen auseinandersetzt, desto mehr gibt es auch tiefgängige Phasen. Es ist auch schwer, wenn manches nicht so läuft, wie man es sich idealtypisch vorgestellt hat. Auf der anderen Seite: Ich habe sehr viele Menschen kennengelernt in und um die Politik herum, auch außerhalb der Politik, an die ich mit viel Respekt denke. Das Vorurteil, dass Politiker nur an sich denken und nur Geld verdienen wollen, ist wirklich dummes Zeug, mag vielleicht für einzelne zutreffen. Dies gilt aber auch für andere Bereiche der Gesellschaft. Ich habe sehr viele Leute getroffen, auch solche, mit denen ich inhaltlich überhaupt nicht übereingestimmt habe, aber denen ich Respekt entgegen bringe, weil ich glaube, das ist ehrlich. In der Demokratie ist der Meinungskampf wichtig, aber am Ende muss die Fähigkeit stehen, einen

guten Kompromiss zu finden. Was mir heute große Sorgen macht, ist der Anspruch vieler, alles, was man selber denkt und fühlt, absolut zu setzen. Als junger Mensch okay, ist mir auch so gegangen, aber in einer freien Gesellschaft kann es nicht nur eine Meinung geben. Wir müssen gemeinschaftlich etwas bewegen, die Gesellschaft zusammenhalten. Dann klappt es auch mit dem Kompromiss. Jeder, der alles will, ist mir suspekt.

Wie tief war das Loch, in das Sie nach Ihrer politischen Karriere gefallen sind?

Nicht so tief, wie ich befürchtet hatte. Das hing damit zusammen, dass mein Übergang von der aktiven Politik hin zum Vorsitz der Friedrich Ebert-Stiftung reibungslos vonstatten ging. Ich war ja in meiner aktiven politischen Zeit schon stellvertretender Vorsitzender dieser Stiftung gewesen, Peter Struck war damals Vorsitzender. Wir waren gerade Anfang Dezember für zwei Jahre neu gewählt, und danach sollte ich als Vorsitzender kandidieren, aber dann ist einige Tage nach der Wiederwahl Peter Struck plötzlich verstorben. Ich hatte gar nicht die Zeit, in ein Loch zu fallen, weil es in der FES so viele Herausforderungen nationaler und internationaler Art gegeben hat und gibt.

Was macht die Friedrich Ebert-Stiftung, Aufgaben und Ziele?

Die Stiftung ist ja gegründet worden auf der Grundlage eines Wortes, das Friedrich Ebert zugeschrieben wird: „Demokratie braucht Demokraten“, heute würde man sagen „Demokratinnen und Demokraten“, um zu bestehen. Und er hatte ja Erfahrung des Kaputtmachens der Demokratie in der Weimarer Zeit. Wenige Tage nach seinem Tod ist die Friedrich Ebert-Stiftung gegründet worden. Er wollte nicht, dass Geld für Blumen und Kränze ausgegeben wird. Er ist in Heidelberg beigesetzt, ein Ur-Heidelberger. Das Geld sollte für junge begabte Leute verwendet werden, dass sie eine gute Ausbildung, eine Hochschulausbildung bekommen. Das war die Gründungsidee, und die gilt noch heute. Die Stiftung ist dann von den Nazis zerschlagen und enteignet worden im Januar

Foto: Raimond Spekking /Wikipedia



1933. Nach einer Übergangsphase gab es 1947 eine Neugründung, regional unterschiedlich. Später wurde die Stiftung in der DDR wieder verboten und enteignet. Der Gedanke, wir brauchen politische Bildung, wir müssen Menschen auf dem Weg in die Demokratie mitnehmen, wurde in der Bundesrepublik aufgenommen. Nach dem Vorbild von Friedrich Ebert wurden dann auch in den anderen Parteien Stiftungen gegründet, z.B. die Konrad Adenauer-Stiftung, Böll-Stiftung, Luxemburg-Stiftung usw. Wir als FES fördern zwischen zweieinhalb und dreitausend Studierende pro Jahr vom Bachelorstudium bis hin zur Promotion und Habilitation. In unserem Bereich „Politische Bildung“ haben wir jährlich 2500 bis 3000 Veranstaltungen. Daneben noch die Aufgabe Politikberatung, wissenschaftliche Studien und Umfragen, um frühzeitig der Politik gesellschaftliche Hinweise geben zu können. Die Friedrich Ebert-Stiftung versteht ihre Aufgabe international, nicht nur national, und daraus sind Büros in über 100 Ländern entstanden. Das sind große Erfolge meiner Vorgänger, z.B. ist in Spanien der Weg zur Demokratie nach Franco von der Stiftung begleitet worden, auch in Südamerika, und in Afrika haben wir immer während der Apartheid für die Unterdrückten gearbeitet mit einem hohen Vertrauensvorschuss, der heute noch wirkt, so dass wir helfen konnten, als neue Strukturen entstanden sind. Zur internationalen Arbeit kommt dann noch die Bewahrung der Geschichte der Arbeiterbewegung hinzu. In Bonn gibt es ein Archiv mit 50 km Archivgut. Dann sind wir noch Träger des Karl Marx-Hauses in Trier. Zum Jubiläum voriges Jahr wurde es renoviert und neu gestaltet. Für dieses gewaltige Aufgabenspektrum hat die Stiftung in Deutschland 16 regionale Büros, in denen vor allem Politikberatung auf Lan-

desebene bis hinein in den kommunalen Bereich betrieben wird.

Ich habe die Friedrich Ebert-Stiftung in Kabul kennengelernt, als wir vor einigen Jahren in Afghanistan drei Wochen lang mehrere Filme gedreht haben. Dort wurden wir von der Stiftung hervorragend betreut. Wenn man soviel in der Welt herumkommt wie Sie in Ihrer politischen Tätigkeit und als Vorsitzender der Friedrich Ebert-Stiftung, relativiert sich nicht so manches, was Sie hier erleben?

Es ist schon so, dass man manche Reaktionen in Deutschland, kleine Sachen betreffend, schwer versteht. Wie gering sind manche diskutierten Probleme bei uns gegenüber den großen Herausforderungen in anderen Teilen der Welt? Und wenn man sieht, wie in vielen Teilen der Welt die dort unterdrückten Menschen sich um mehr Freiheit bemühen, wieviel Mut die haben, dann relativiert sich schon so manches hier im Land. Vor Jahren sind ja alle Stiftungen von Lukaschenko in Belarus aus dem Land geflogen, aber wir dachten vor einiger Zeit, wir kommen wieder rein, da gibt es Leute, mit denen man etwas Neues anfangen kann. Die Proteste in Belarus sind mutig und verdienen Unterstützung durch internationale Solidarität. In anderen Ländern, z.B. Russland, sind wir in Moskau und Leningrad präsent. Dort arbeiten wir auch mit der Zivilgesellschaft zusammen. Man lernt auf jeden Fall, differenzierter auf das eigene Land zu schauen, wenn man im Ausland tätig ist. Es lohnt sich, die Freiheit zu verteidigen. Wie offen muss man sein in einer Gesellschaft? Da gibt es Leute außerhalb von hier, die außenpolitisch orientiert sind, und die anderen, die den inneren Machtapparat autoritär und reaktionär führen. Es gibt die Schwierigkeit, kein Visum zu bekommen oder ausgewiesen zu werden. In Ägypten haben wir große Probleme, in Ländern nördlich der Sahara auch. Dort ist die Gefahr groß, dass Ausländer entführt werden, Lösegeld gefordert wird. In Kabul ist unser Büro in die Luft gesprengt worden, früher ein schönes Gebäude mit Garten.

Ja, während der Dreharbeiten haben wir uns da immer wieder erholt. Dort haben die afghanischen Frauen, die uns begleitet haben, als erstes immer ihre Gesichtsbedeckung abgenommen.

Zum Glück gab es keine Toten, weil unsere Leute gerade in einem Seminar gewesen sind. So erlebt man ständig andere Dinge. In Beirut ist unser Büro jetzt auch in die Luft geflogen, zum Glück ohne Verletzte, aber wenn man in solchen Ländern arbeitet, ist man schon vom gesellschaftlichen Durcheinander dort, von kriegerischen Auseinandersetzungen usw. betroffen. Man kann dann nächtelang nicht schlafen aus Sorge um unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Politische Träume bleiben mir. Ich hoffe, dass ich nie den Willen zu mehr sozialer Gerechtigkeit verliere und dass ich mich immer ärgere über Ungerechtigkeiten.

„Immer nah bei de Leit“ hieß einer Ihrer Leitsprüche. Leben die Politiker und Politikerinnen in einer eigenen Welt, wissen die eigentlich noch, wie das Leben des Durchschnittsbürgers aussieht, ganz zu schweigen vom Leben der Armen und Abgehängten?

Ich glaube, dass das ein wohlfeiles Vorurteil vieler Leute ist. Ich kenne Menschen, die leben nicht in ihren Wahlkreisen, leben in Berlin oder wo auch immer, und da habe ich Zweifel, ob man dann die Leute wirklich vertreten kann in dem, was sie bewegt, denn wenn man nicht mitten drin ist, ist das schwierig. Auf der anderen Seite erlebe ich ganz viele Politiker über alle Parteien hinweg, die sich ungeheure Mühe machen, mit Menschen Kontakt aufzunehmen, mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen. Das ist allerdings oft leichter gesagt als in der Praxis gemacht. Ich habe versucht, den Kontakt mit den Leuten über meine Sonntagssprechstunden herzustellen und zu halten, 30 Jahre lang, und die Leute kamen aus Rheinland-

Pfalz und Baden Württemberg, aus dem Elsass usw. Mir ist immer nachgesagt worden, ich sei auf jedem Weinfest. Ich war auf manchen, aber nicht auf allen. Rausgehen, ansprechbar sein, am frühen Abend wieder heimgehen, denn dann kommen die, die sich Mut angetrunken haben und von denen erfährt man nichts mehr Gescheites. Der digitale Kontakt, der jetzt viel mehr möglich ist als in meiner aktiven Zeit, ist sicher wichtig, aber er kann nicht den persönlichen Kontakt ersetzen, z.B. mit Menschen zu reden, die gerade in einer furchtbaren Notsituation sind. Ich habe eine Vielzahl von Mittelständlern erlebt, die zu mir in die Sprechstunde gekommen sind, die ihre ganze Bedrückung ausgedrückt haben, als der Neokapitalismus Purzelbäume geschlagen hat in unserer Gesellschaft. Ich werde nie den Schlossermeister vergessen, der von seinem Vater einen großen Betrieb übernommen hatte, Stahlhallenbau, der geweint hat bei mir, weil so ein Schnösel in der Bank ihm gesagt hat, sein Betrieb sei nicht mehr in der Zielgruppe seiner Bank.

Welche politischen Momente oder welche politischen Begegnung hat sie geprägt?

Ich habe richtig spannende Leute kennenlernen dürfen in all den Jahren und Jahrzehnten. Daraus ist häufig eine sehr freundschaftliche Beziehung entstanden, national und international. Beeindruckt hat mich deren tiefen Verwurzelung und der Wille, etwas zu verbessern. Zwischen Jürgen Zöllner, dem früheren Bildungsminister in Rheinland-Pfalz, und mir ist eine richtig tiefe Freundschaft entstanden. Auf der anderen Seite habe ich natürlich auch negative Erfahrungen gemacht. Ich möchte keine Namen nennen, aber es waren Leute, die gelogen haben, keine Regeln eingehalten haben. Man muss auch mal miteinander reden können und die Bereitschaft mitbringen, sich selbst zu korrigieren. Wenn dann ein solches Gespräch, das vertraulich angelegt ist, später in der Presse landet, ist jedes Vertrauen dahin, und das sind Dinge, die mich sehr geärgert haben.

Interview

Haben Sie wegen der Politik auch schon mal geweint?

Ich bin kein harter Hund, aber ich erinnere mich nicht, einmal in meiner politischen Zeit geweint zu haben, dennoch war ich natürlich tief betroffen von manchen Dingen. Das gilt natürlich auch für die eigene Partei, z.B. als ich den Parteivorsitz niedergelegt habe. Damals sind Dinge gelaufen, die man nicht macht und machen darf. Ich kann auch in solchen Situationen nicht weinen, was das Ganze nicht leichter macht, weil man sich nächtelang mit Dingen befasst, die einen nicht loslassen.

Politik, so hört man immer, sei ein hartes und brutales Geschäft? Stimmt das nach Ihren Erfahrungen?

Ja und nein. Es liegt an den Menschen, mit denen man zu tun hat. Man macht halt seine Erfahrungen und dort, wo Leute etwas zu sagen haben und wo es um politische Macht geht, sind die Bandagen schon sehr hart.

Gibt es politische Überzeugungen, die Sie über Bord geworfen haben?

Ich habe mich das auch oft gefragt, aber was ich geworden bin, ist viel misstrauischer zu sein, schnell Vertrauen zu schöpfen gelang mir immer schwerer. Man geht kritischer mit Menschen und mit Situationen um, aber ich bin in die Politik gekommen mit den Erfahrungen als Kind. Ich war ja mit meiner Hautkrankheit ein bisschen Außenseiter, und da hat sich bei mir ein Gerechtigkeits- und Ungerechtigkeitsempfinden entwickelt. Ich bin dankbar dafür, dass es möglich war, dass ich das nicht in einem Frust, sondern in einen Willen, etwas zu verändern, umsetzen konnte. Da hat mir die gewerkschaftliche Jugendarbeit sehr geholfen. Dort habe ich gelernt, Menschen mitzunehmen. Ich habe dort eine Menge gelernt, wie halte ich eine Rede, wie leite ich eine Versammlung. Das gibt einem, wenn man jung ist, unheimlich viel Kraft und Selbstbewusstsein, sich zu Wort zu melden und für seine Meinungen zu kämpfen für eine gerechte und friedliche Gesellschaft. Als junger Mensch kommt ja so ein Hass gegen Hass auf, wie mit Juden beispielsweise umgegangen worden ist. Wenn man zwischen den gesprengten Westwallbunkern aufwächst, merkt man

schon als junger Mensch, da kann was nicht stimmen, oder man fährt als Kind mit dem Fahrrad über die Lauter, hat keinen Kinderausweis dabei und wird von der französischen Gendarmerie verhaftet. Das kann doch nicht normal sein. Dieser Wille, für friedliche und grenzüberschreitende Offenheit einzutreten, das ist mir Gottseidank nicht verloren gegangen.

Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft. Was macht Ihnen Angst und was Hoffnung?

Angst wird ja etwas inflationär benutzt. Besorgt macht mich die Kompromissunfähigkeit, das wachsende Sich-Abschotten in der eigenen Meinungsblase. Wir haben so viele Möglichkeiten, uns zu informieren, gerade auch im Netz, wie noch nie in der Geschichte der Menschheit, und trotzdem wird es engstirniger, weil man gar nicht mehr wahrnehmen will, dass es etwas anderes gibt. Ich denke an die Querdenkergeschichten oder noch schlimmer an den Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, auch an die linke Verschrobenheit wie jetzt in Leipzig. Natürlich gibt es Riesenprobleme in unserer Gesellschaft, z.B.

nicht genug Wohnungen. Dagegen anzukämpfen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, das ist eine ehrenwerte Aufgabe, aber wenn die Gewalt immer mehr nach vorne rückt, dann geht irgendwann der Kern des Gerechtigkeitsgedankens verloren, und auf Polizisten mit Steinen zu werfen, dafür kann es keine Entschuldigung geben, und sich absolut im Recht zu fühlen in diesen Situationen, das macht mich äußerst besorgt, weil das die Demokratie zerstört.

Und was bedeutet das für Ihre Partei, die SPD, welche Richtung würden Sie gutheißen?



Kurt Beck mit Kladys Hlatywayo, Internationale Sekretärin of the Movement for democratic Chance, und Nelson Chamisa, Präsident dieser Vereinigung

Ich glaube, dass man entschlossener sein muss, für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit einzutreten, dafür dass man als gleichberechtigter Mensch leben kann, dass man Arbeit hat, mit der man sich und seine Familie ernähren kann. Daraus zieht man Selbstbewusstsein, übrigens einer meiner zentralen Einwände gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen. Ich glaube, das hat eine Menge mit Wertgefühl eines Menschen zu tun, ob man etwas abholt oder sagt, das ist meins, das habe ich mir erarbeitet, und darauf kann ich stolz sein, was ich da gemacht habe. Dieses Wertegerüst zu verteidigen, glaube ich, ist so notwendig wie selten zuvor.

Wenn Sie ein Fazit Ihrer politischen Tätigkeit ziehen, wie würde es aussehen, welche Botschaft würden Sie den politisch aktiven Menschen, auch in der SPD, mitgeben?

Weitermachen, nicht zu vergessen, wo man herkommt. Ich halte es mit Herbert Wehner, der rustikal, wie er nun einmal war, gesagt hat, wer nicht mehr weiß, wo er herkommt, ist irgendwann ein freischwebendes Arschloch. Also nicht zu vergessen, wo man herkommt, aber auch offen zu sein für neue Entwicklungen. Das passt in dieses Wertegerüst der Sozialdemokratie. Ich habe mir eine Zeit lang schwer getan mit dem Brief von Willy Brandt, in dem er geschrieben hat, kurz vor seinem Tod, das Wichtigste sei die Freiheit. Ich glaube, ich verstehe ihn heute besser, weil aus einer freiheitlichen Verantwortung heraus für Gerechtigkeit zu kämpfen zu ganz anderen Ergebnissen und zu einer Verträglichkeit in der Gesellschaft führt, als wenn man etwas von oben verordnet und Menschen ausschaltet, die um Gerechtigkeit ringen. Ich würde dafür plädieren, dieses Wertegerüst aufrechtzuerhalten, nicht wie eine Monstranz vor sich her zu tragen, sondern immer wieder zu fragen, sind wir damit auf dem richtigen Weg, Sozialdemokraten?

Es wird halt immer schwierig, wenn es konkret wird, und ich denke da an die rechtsradikale Lehrerin Myriam Kern aus Landau. Wie soll man mit solchen Lehrkräften umgehen?

Ich war da sehr kritisch, da ich erwartet hätte, dass die zuständige Behörde früher nach Wegen sucht. Ich glaube, es hätte nicht so weit kommen dürfen, nachdem

Es bleibt wichtig und muss bleiben, dass wir die Fähigkeit zur Solidarität nicht verlieren - mit den Schwächeren, aber auch untereinander.

man ja wissen konnte, was Geistes Kind diese Frau ist. Auf der anderen Seite hat mich auch gestört, wie die RHEINPFALZ Kommentare geschrieben hat mit einer starken Selbstgerechtigkeit. Wenn jemand Beamtin oder Beamter ist, dann muss die Behörde schauen, dass sie nicht selbst das Recht verletzt. Da hätte ich mir wirklich mehr Klugheit erwartet, erstens früher hingucken, zweitens, dass man dann konsequent handeln muss, wobei ich an manchen Stellen auch die Sorge habe, ob unsere Gerichte genug gewillt sind, die Demokratie zu verteidigen.

Ich habe auch einen Leserbrief geschrieben und gefragt, wie war Myriam Kern als Lehrerin, z.B. gegenüber Kindern mit Migrationshintergrund, wie war der Unterricht, auch hasserfüllt, darüber konnte man nichts lesen?

So ist es. Trotzdem - Wenn jemand auf den Straßen so herum plärrt, muss ich sagen, wenn ich Kinder gehabt hätte, hätte ich mich sofort gemeldet und gesagt, meine Kinder gehen zu dieser Lehrerin nicht in die Schule. Solche rechten Krakeeler muss man in der Schule nicht hinnehmen. Dass sich da Eltern wehren, ist völlig klar.

Nochmal zu meinem Fazit: Es bleibt wichtig, und muss bleiben, dass wir die Fähigkeit zur Solidarität nicht verlieren - mit den Schwächeren, aber auch unter-

einander. Wenn ich mir die Gesellschaft betrachte, bin ich besorgt, ob untereinander die Solidarität nicht abnimmt, ob gewerkschaftliche Zusammenarbeit nicht schwindet und ob man nach wie vor bereit ist, für andere auch einzutreten bis hin, wenn es sein muss, zu einem Streik. Wie verändert sich unsere Gesellschaft, auch durch den Brennspiegel von Corona? Worauf müssen wir uns einstellen? Wir müssen vor allem auch in die Betriebe hineingucken, in die Behörden, Verwaltungen, vor allem auch in die Schulen, was verändert sich denn da im kollegialen Miteinander. Deshalb mein Aufruf, engagiert Euch im sozialen Miteinander, z.B. in der Gewerkschaftsarbeit.

Wenn Sie jetzt aufhören am Ende des Jahres bei der Friedrich Ebert-Stiftung: Haben Sie Neues vor, gibt es noch politische Träume?

Politische Träume bleiben mir. Ich hoffe, dass ich nie den Willen zu mehr sozialer Gerechtigkeit verliere und dass ich mich immer ärgere über Ungerechtigkeiten. Noch ist es so, dass ich mich häufig viel zu sehr aufrege. In diesem Sinne will ich auch noch was machen. Ich werde sicher in der Stiftung hie und da als Referent auftreten, führe aber noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben weiter. Ich habe gerade auf Vorschlag von Minister Wolf den Beiratsvorsitz für das Hambacher Schloss übertragen bekommen. Wir erneuern die dortige Ausstellung und wollen noch mehr für Demokratie werben. Ich bin Vorsitzender im Kuratorium „Europäischer Kaiserdom zu Speyer“ sowie Kuratoriumsmitglied in der Stefan Morsch-Stiftung. Dort geht es um die Bekämpfung von Leukämie weltweit, eine breit aufgestellt Stiftung. In der Fritz Walter-Stiftung bin ich noch dabei, „Lebenshilfe“ mache ich auch noch. Und ich bin kooptiertes Mitglied im Präsidium des Deutschen Tierschutzbundes. Es wird mir also nicht an Aufgaben mangeln. Freilich muss man dann auch langsam die Arbeit abbauen. Die Herumreiserei in der Welt z.B. kann man im Alter nicht mehr so schnell wegstecken wie früher. Ich brauche eine längere Regenerationszeit, gerade auch nach meinem Schlaganfall.

Vielen Dank für das Gespräch.

Aus dem Leben eines Plusianers

Nie mehr Johanna Controlleta



Vieles unterscheidet noch relativ junge Minusianer von nicht mehr so jungen Plusianern. So erfreuen sich die Minusianer nicht ungern an langen Nächten mit wenig Schlaf, während sich die Plusianer häufig nichts sehnlicher wünschen, als endlich mal wieder eine Nacht durchschlafen zu können.

Und was den von Schlafproblemen Gequälten so alles durch den Kopf schwirrt! Merkwürdige Träume in den kurzen Schlafphasen: da sind sie wieder Schul-

kinder und werden geplagt von Vorsingen, Vorturnen und Gedichteausagen. Oder sie sind selbst schon Lehrkraft und stehen vor riesigen, lärmenden Schulklassen und haben bei Notenkonferenzen keine Zensuren parat. Zweifellos der größte Albtraum: Die Bezirksregierung (heute ADD) kommt oder man muss dort vortanzen... Wenn unser Plusianer dann um halb neun gerädert die Augen öffnet, kann er sich so ziemlich alles vorstellen, aber nicht, um diese Zeit vor einer Klasse zu stehen oder in einer Kindergartengruppe zu sitzen. Bei allem Elend hat er die Option, mit einem gemütlichen Frühstück, einer ausgiebigen Zeitungslektüre und einem belebenden Duschbad optimistisch den Herausforderungen des Pensionistentages entgegensetzen.

Wahrlich zu bedauern sind die Minusianer mit Schlafproblemen. Vor vielen Jahren wurde in dieser Zeitschrift mal ein Bildungsminister interviewt, der freimütig bekannte, bei Arbeitsbeginn froh zu sein, kein Pädagoge zu sein. Er könne schließlich erst mal den Kopf hinter Zeitungen oder Akten verstecken, während die

Pädagog*innen spätestens um acht topfit vor Scharen erwartungsvoller Kinder bzw. Jugendlicher zu stehen haben.

Okay, nicht alle sind erwartungsvoll. Man kann durchaus gerade im Winter auch erleben, dass Klassen das Licht gelöscht und die Köpfe in den Armen verschränkt auf den Tischen haben. „Herr oder Frau Soundso, Sie sind doch auch müde. Lassen Sie uns bitte noch ein bisschen schlafen und gehen Sie hoch in ihr Lehrerzimmer, um ein Kännchen zu trinken!“

Ein verlockendes Angebot, was aber natürlich abgelehnt werden muss. 1. Beamtenpflichten, 2. Pädagogische Verantwortung, 3. Johanna Controlleta.

Johanna Controlleta, so nennt das Kollegium nach einem abgewandelten alten Song von Udo Lindenberg das neue Schulleitungsmitglied, das es sich zur primären Aufgabe gemacht hat, patrouillierend durch die Flure zu stampfen und bei Regelverstößen in schneidigen Worten Rügen zu verteilen.

Welch ein Segen, Plusianer zu sein. Auch bei schlechtem Schlaf.

Günther Helfrich

Brief an die Redaktion

Betr.: GEW-Zeitung 09/2020 S. 1 und S. 4-7 zum Thema Homeschooling

Beim Betrachten des Titelbildes habe ich mich einmal mehr gefragt, ob ich eine falsche Definition von Gewerkschaft habe. Laut Artikel 9, Absatz 3 GG sollen diese die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten.

Das Titelbild beschäftigt sich aber - wie auch der zugehörige Artikel - mit den Interessen und Nöten der Eltern. Unbenommen, diese Nöte gibt es auch. Aber als Gewerkschaft im oben genannten Sinne hat die GEW in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Wir leisten (und leisteten seit März, da hat Frau Prof. Dr. Wildemann ja auch eine andere Meinung zu) ebenfalls unter „deutlich mehr Belastung“ unser Bestes, um die uns anvertrauten Kinder zu unterstützen. Dies

meiner Meinung nach seit Rückkehr zum angeblichen Regelbetrieb umso mehr. Täglich unterrichten und erziehen wir unter extrem erschwerten Bedingungen und unter erhöhter Gefährdung. Dies weitgehend ohne Unterstützung der vorgesetzten Stellen und unter starkem Beschuss durch die Eltern.

HIER sehe ich die Aufgabe einer Gewerkschaft, hier gilt es Ministerium und ADD an die Fürsorgepflicht zu erinnern. Ansonsten fehlen bald dem Schulsystem die Kolleginnen und Kollegen, die es bisher am Laufen gehalten haben - und der GEW die Mitglieder.

Mit GEWerschaftlichen Grüßen
Michaela Berg-Kalter



Schwerpunkt Coronakrise (S. 4-15)



Deutlich mehr Belastung für Eltern durch Homeschooling

Schabronats ABC der GEW Heute: der Buchstabe **H**

Hammer: Der Hammer ist ein mächtiges Werkzeug. Als Hämmerchen kann er fein justieren oder aus dem Gezirpe archaischer Tasteninstrumente richtige Klaviermusik machen. Als Hammer kann er Mauern brechen. Eine Gewerkschaft, die keinen Hammer hat, muss schwarz sehen. (Namenswitze sind übrigens behämmert.)

Handy: Telefönchen als Ersatz für eigenes Wissen, Denken, Rechnen; dient auch zur Vermeidung der Beschäftigung mit der aktuell realen Umgebung und den darin Anwesenden. Durch zunehmende Verwendung im Unterricht („nützliche Apps“) leistet auch Schule ihren Beitrag zur rundumdieuhrigen Unverzichtbarmachung dieses Ersatzes für eigenes Denken und Weltbegegnung. Die Entwicklung wird zeigen, ob auch die letzten Digitalpausen des Tages, die junge Menschen in der Schule noch haben, beseitigt werden können.

Hermeneus: „Erst lesen, dann denken. Das Ergebnis beim nochmaligen Lesen überdenken. Und dann noch einmal. So lange, bis ihr es verstanden habt“, sprach der Gott Hermeneus zu seinen Kindern, den Zwillingen Lexika und Semantos. Und er gab ihnen Hammer und Zirkel als Werkzeuge. Da beide den (→) Hammer nicht zu gebrauchen wussten, hielten sie nur den Zirkel ihres Vaters in Ehren und gebrauchten ihn allso. Wir verwenden ihn heute noch als Zirkel des Hermeneus.

Hobbits: Über ihre Erziehung und Bildung wissen wir nicht viel. Außerdem gibt es sie gar nicht.

Hogwarts: Weiterführende Schule mit angeschlossenen Internat, begabungsorientiert wie elitär. Der offizielle Status der Schule ist ebenso unklar wie ihre Finanzierung. Ein mittelalterlich esoterischer Lehrplan verzichtet auf Gesellschaftswissenschaften und Sprachen, sieht man von einem Lateinunterricht ab, dessen Reduktion auf Verwünschungs- und Zaubersprüche in seiner Kompetenzorientierung fast modern ist, ebenso der Verzicht auf Bildende Kunst und Musik. Die Kritik der GEW richtet sich darüber hinaus gegen die elitären Aufnahmebedingungen, die eine Diskriminierung von Muggeln beinhalten und ihre Inklusion verweigern, sowie das grassierende rassistische

Denken, das Menschen nach Kategorien des Blutes (z.B. Halbblut) einteilt. Kollegium und Schulleitung bedürfen dringend der Genderung und eines Personalrates, der in Sachen Arbeitsschutz endlich etwas gegen umherfliegende Geister und Dementoren unternehmen kann. Demokratiedefizite äußern sich darin, dass die Vertrauensschüler und Schülersprecher (in Hogwarts nur in männlicher Bezeichnung) nicht gewählt, sondern von der Schulleitung berufen werden und nicht der Interessenvertretung, sondern der Aufsicht und Kontrolle über Mitschüler dienen. Dass sich heutzutage so viele jugendliche Muggel für die Institution Hogwarts erwärmen können, ist auf diesem Hintergrund schwer verständlich. Die GEW fordert das Zaubereiministerium auf, die notwendigen Reformen endlich einzuleiten.

Homeoffice: Niemand käme auf die Idee, der Arbeiter solle im Falle der Fabrikschließung die Autos mit seinem eigenen Werkzeug in seiner eigenen Garage zusammenbauen. Im Falle der Schulschließung wird aber Vergleichbares vom Lehrkörper erwartet. Dass der Schulträger für die Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln zuständig ist, ist eindeutig. Unseres Offiziums (Amtes) können wir nur dort walten, wo uns Dienstherr und Schulträger mit allem dafür Notwendigen ausstatten. Und weil Homeoffice in Zeiten von Schulschließung ein sinnvolles Mittel ist, um Schule funktionsfähig zu halten, das nicht nur der freiwilligen Selbstentäußerung der Beschäftigten wegen funktionieren darf, sollten sie dies auch tun.

Hort (lat. Garten): Kindern wird unter kundiger Aufsicht etwas mitgegeben, was sie im weiteren Lebenslauf ernähren hilft, etwa Bildung, Wissensdurst, Kultur. Es wird ihnen eingepflanzt, nicht eingefleischt, denn Lernen ist ein rein vegetarischer Vorgang, selbst wenn ein Kind den ganzen Goethe verschlingt.



Der sprechende Hut der GEW ist Klaus Schabronats Ghostwriter.

Impressum GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz (126. Jahrgang)

Herausgeber:	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz Dreikönigshof, Martinsstr. 17, 55116 Mainz, Tel.: 0 6131 28988-0, Fax: 0 6131 28988-50 www.gew-rlp.de, E-Mail: gew@gew-rlp.de
Redaktion: Redaktionsanschrift:	Günter Helfrich (verantwortl.), Dr. Paul Schwarz, Antje Fries, Karin Helfrich, Jonas Priester-Rheingang GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 02 23, 67023 Ludwigshafen Tel. 0621 68509749, Mobil 0172 2775243, E-Mail guenter.helfrich@gew-rlp.de
Verlag, Anzeigen, Satz, und Layout: Druckabwicklung:	mi MARKETING + WERBUNG Stephanstr. 5, 67434 Neustadt Tel. 06321 86066, www.ibelshaeuser.de, E-Mail: info@ibelshaeuser.de Druckmedien Speyer GmbH
Manuskripte und Beiträge:	Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder zugemalte Daten wird keine Gewähr übernommen.
Der Bezugspreis	ist im Mitgliedsbeitrag enthalten, für Nichtmitglieder jährlich Euro 18,- inkl. Porto + MWSt. (Bestellungen nur beim Herausgeber) Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres. Im anderen Falle erfolgt stillschweigend Verlängerung um ein weiteres Jahr.
Anzeigenpreisliste Nr. 15	beim Verlag erhältlich
Redaktionsschluss:	jeweils der 1. des Vormonats

GEW - Zeitungen 2021

Ausgabe	Redaktionschluss
01 / 21	01.12.20
02 - 03 / 21	01.01.21
04 / 21	01.03.21
05 - 06 / 21	01.04.21
07 - 08 / 21	01.06.21

Die magische Welt der Oper

Gabriele Frydrych

Ich habe seltsame Grundsätze: Bevor man etwas verurteilt, sollte man es sich erst mal ansehen. Das hat mich in manch merkwürdiges Striptease-Lokal geführt, in Spelunken und Peep-Shows, zu einem deutschen Heimattreffen in Florida und zu Sendungen wie „Der Bachelor“, „Zwischen Tüll und Tränen“ und „Germanys Next Top Model“. Wobei es mich bei Trash-Formaten im Fernsehen immer wieder überrascht, wie gut meine Kolleginnen und Kollegen oft informiert sind, wenn ich eine Bemerkung mache. Beispielsweise kennen sie jeden Dschungel-Camp-Insassen mit Namen! Aber die Lehrkräfte ziehen sich diese Sendungen sicher auch nur aus pädagogischen Gründen rein...

Zu meinem Grundsatzprogramm gehört es auch, dass jede meiner Klassen einmal in die Oper geht. Ich selber ziehe das Theater vor, aber ich finde trotzdem, dass ein Opernbesuch zur Allgemeinbildung gehört. Einmal habe ich auch die Erziehungsberechtigten der Schüler mitgenommen in der Hoffnung, dass die elterliche Präsenz für eine gewisse Ruhe im zweiten Rang sorgt. Alle außer mir waren sehr fein gekleidet, und ein eher bildungsferner Vater sprach verzückt von „großer Oper“, die er heute erleben wollte. Hinterher waren einige schwer enttäuscht. Sie hatten Könige und Fürsten in Purpurmänteln, Zobel und Hermelin erwartet, schöne Prinzessinnen in waldenden Gewändern, einen prachtvollen Palast und einen bombastischen Thron. Leider waren wir in eine moderne Inszenierung geraten, und alle „Singenden“ trugen Sonnenbrillen und schwarze Anzüge. Bis auf die Prinzessin, die hatte lange Stiefel und Strapse an. Und nix von wegen Bühnenbild, alles spielte in grauem Dekor. Dabei hatte ich meine Klasse so gut vorbereitet. Habe erzählt, mit wie viel Geld jeder einzelne Sitzplatz in der Oper subventioniert wird, dass sie nie wieder im Leben so preisgünstig in die Oper kämen und dass ein Finanzausschuss mal bemängelt habe, dass die Perücken der Darsteller aus Echthaar bestünden. Sogar einen Test zum Thema Oper haben wir geschrieben. Hier einige beeindruckende Antworten meiner 8. Klasse:

Was ist eine Oper?

Eine Oper ist ein Haus, wo die Sänger singen können, was sie fühlen.

Was macht ein Souffleur?

Er putzt die Bühne.

Was bedeutet es, wenn ein Sänger 50 Vorhänge hat?

- Das ist so eine Art Demütigung.

- Es bedeutet, dass man lange klatschen muss

Was haben Opernsänger für besondere Fähigkeiten?

- Sie können sehr schnell singen.

- Weil der Staat meint, dass wir es für unsere Zivilisation brauchen.

Warum sind Opernkarten so teuer?

- Es gibt so wenige und früher war es sogar so, dass manche mit einem Schild an ihrem Körper dastanden: „Kaufe eine Opernkarte!“ Jeder wollte eine!

- Weil die Schauspieler nur singen müssen.

- Weil in der Oper ohne Mikrofon gesungen wird.

- Weil der Staat das Geld braucht.

Nenne nicht-künstlerische Berufe an einer Oper!



- Sie können sehr hoch und sehr tief singen.

- Sie können das, was sie normal sagen, auch singen.

Wird in Opern gesprochen?

Nein, es wird nur geklatscht.

Was braucht man auf der Bühne (gemeint waren Requisiten)?

Mut.

Nenne berühmte Opernkomponisten!

Heinrich Heine.

Warum haben wir in Berlin gleich mehrere Opernhäuser?

- Weil Berlin früher in drei Teile geteilt war und jeder Staat eine Oper hatte.

- Um mehr Geld einzunehmen und weil es viele Kirchengebäude gibt. (????)

Tonbandträger. Solilist

Wie nennt man die erste Aufführung eines Stücks?

Primäre.

Wie heißt das Textbuch für eine Oper?

Loretto.

Was wird in den Werkstätten der Oper alles hergestellt?

Masken, Klamotten, Elektrogeräte.

Was ist eine Arie?

Das ist der Leiter eines Opernhauses.

Ich schwöre, das hab' ich sie nicht gelernt!!!